

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 216 H

BERLIN • Mittwoch, den 14. September 1932

1. JAHRGANG

Politische Narrenbühne.

Der Kampf aller gegen alle / Arbeiter, schließt die Reihen!

W-er. Der Reichstag hat am Montag die letzte Sitzung dieser Periode in einer selbst für ein Parlament ungewöhnlichen Clownerie abgeschlossen. Die Anträge, die gestellt wurden und bei denen die Antragsteller immer gleich selber bemerkten, es würde ihnen wohl widersprochen werden, kamen auf die Tagesordnung, weil die Regie nicht klappte und Herr Graef, vielleicht auch auf Geheiß seiner Partei, nicht protestierte. Die übrigen waren zum Teil so verdattert, daß sie den Protest, den sie gern vom Stapel gelassen hätten, nicht anbrachten; vielleicht fürchteten aber die meisten von ihnen, bei der zu erwartenden Wahlmasse sich dadurch zu compromittieren, daß sie dem kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung widersprochen hätten. Ueber das Theater, das dann folgte, berichten wir an anderer Stelle.

Das Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung:

512 gegen 42 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, bleibt als politische Tatsache bestehen, auch wenn die Juristen inzwischen — woran wir nicht zweifeln — feststellen sollten, daß eigentlich die Abstimmung nicht mehr hätte erfolgen dürfen, weil der Herr Reichskanzler sein Papier schon auf den Tisch des Hauses niedergelegt hatte. Für die Reichsregierung ergeben sich aus dem Mißtrauensvotum verfassungsmäßig genau dieselben Konsequenzen, wie wenn die Abstimmung staatsrechtlich unbestritten wäre; denn

das Stimmenverhältnis kann auf keinen Fall angezweifelt werden.

Die Reichsregierung, die diesen Reichstag wohlwollend begrüßt hat, und die sich über die Partei Görings immer in den höchsten Tönen geäußert hat, ist von den 230 aufbauwilligen Kräften dieser Partei eindeutig mit abgebaut worden. Sie hatte am Sonntag erklären lassen: „Die Reichsregierung sieht vielmehr einer solchen Debatte (im Reichstag) mit großem Interesse entgegen, weil sie sich von ihr eine sehr nützliche Aufklärung des deutschen Volkes verspricht.“

An dieser sehr nützlichen Aufklärung des deutschen Volkes hat Herr von Papen gestern mitgeholfen.

Er hat nämlich gezeigt, daß das Parlament für ihn nur dann da ist, wenn es sich seinen Wünschen fügen will. Wir veröffentlichten an anderer Stelle eine Erklärung der Zentrumsfraktion, wonach diese das Verhalten der Reichsregierung in Übereinstimmung weder mit dem Wortlaut noch mit dem Sinn der Verfassung hält. Wir haben wiederholt betont, daß eine Regierung, die — wie sich jetzt zeigt — ganze 8 Prozent der Volksvertreter auf ihrer Seite hat, und die sich gegen den so eindeutig ausgesprochenen Willen des Volkes nicht zurückzieht, unmöglich der deutschen Reichsverfassung entsprechen kann.

Frolich kommt es hier, wie wir ebenso oft betont haben, nicht auf die Auslegung der Verfassung an. Die jetzige Reichsregierung, mit Herrn von Schleicher und der Reichswehr in ihrem Bestand, fühlt sich mächtig genug, das parlamentarische System zu erledigen: „Sie wäre völlig fehl am Platze, wenn sie etwa zugeben wollte, daß nach dem demokratischen Pendelgesetz wechselnder parlamentarischer Mehrheiten ihre Nachfolgerin wieder eine irgendwie zusammengesetzte Parteienkoalition sein könnte.“ Das sagte Herr von Papen im Rundfunk. Und Schleicher hat bereits vor einigen Tagen ebenso deutlich gesagt, daß er von seinem Platz nicht zu weichen gedächte. Und die Hugenbergsche „Volkswirtschaftliche Korrespondenz“, also ein Blatt der Freunde Papens, schreibt am Schluß eines Artikels: „Denn es steht auf der anderen Seite fest, daß die Maßnahmen der Reichsregierung von keinem Reichstag und von keinem Parteigetriebe wieder beseitigt werden können.“

Reform der Weimarer Verfassung.

Auch wir halten die Weimarer Verfassung für reformbedürftig, aber für reformbedürftig in der Richtung, daß Menschen wie Papen und Schleicher politisch beseitigt werden; denn ihre Politik ist eine so eindeutige Politik der herrschenden Klasse, des militaristischen Adels und der Großunternehmer, daß sie niemals das Recht für sich in Anspruch nehmen können, wie das Herr von Papen in seiner Rundfunkrede gewagt hat, gerade seine Pläne für das eigentlich wahre Interesse des deutschen Volkes zu erklären, obwohl die einzigen Leute, die ihm folgten, die Handvoll Hugenbergscher Reaktionäre ist.

Die Reform der Verfassung, die uns vorschwebt, bezieht sich auf die Errichtung einer sozialistischen Republik mit

Neues zum Thema: Klassenjustiz.

Justiz gegen links.

Berliner Sondergericht, zweite Kammer, Montag.

Der Vorfall: Am Vorabend des „Stahlhelm“-Tages war in der Reinickendorfer Straße ein Stahlhelmer, der von einem Transportauto abgestiegen war, von einer Menge niedergeworfen worden. Die Polizei hatte aus der Menge den 40jährigen Arbeiter Rohde verhaftet.

Rohde sagt, er sei ohne seinen Willen in den Krawall hineingeraten, dann über den am Boden liegenden Stahlhelmer gestolpert und habe sogar von diesem einen Fußtritt bekommen. Belastet wurde Rohde nur durch einen Polizeibeamten, der gesehen hat, daß Rohde auf dem Stahlhelmer gelegen und ihn geschlagen habe. Ein anderer Polizeibeamter wußte nur von Rohdes Schimpfen auf dem Polizeirevier zu erzählen. Rohde, der trotz seiner Bitte keinen Offizialverteidiger bekommen hatte, beantragte beim Gericht, den Stahlhelmann zu laden: der könne ja sichere Auskunft geben.

Das Gericht hat nicht nur die Darstellung Rohdes, daß er gegen seinen Willen in den Krawall geraten ist, nicht widerlegt, sondern lehnte sogar Rohdes Antrag, den Stahlhelmer zu laden, ab

und kam unter Anwendung der Terrornotverordnung zu dem Urteil: ein Jahr sieben Monate Zuchthaus wegen Landfriedensbruchs.

Aus diesem Urteil läßt sich schließen, daß nach Ansicht des Gerichts schwerer Landfriedensbruch dem Angeklagten nicht nachgewiesen ist; denn schwerer Landfriedensbruch müßte nach der Notverordnung mit mindestens zehn Jahren Zuchthaus bestraft werden. Also kommt nach dem Urteil des Gerichts nur einfacher Landfriedensbruch in Frage; d. h. eine Gewalttätigkeit gegen eine Person (wodurch der Landfriedensbruch zum schweren würde) ist dem Angeklagten nicht nachgewiesen; mit anderen Worten:

es ist, wie das Urteil zeigt, nicht erwiesen, daß Rohde den Stahlhelmann geschlagen hat.

Wodurch soll dann aber bei den genannten Zeugenaussagen der Beweis erbracht sein, daß Rohde nicht gegen seinen Willen in die Menge hineingeraten ist? — Ein juristisch unhaltbares Urteil!

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte am Montag den Reichsbannermann Jütersonke zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis. Er hatte am 21. März von einem Motorrad aus einen Schuß abgegeben, während ein Auto vorbeifuhr, auf dem zwei Nazis saßen.

Das Berliner Schnellschöffengericht verurteilte am Montag einen Kommunisten zu acht und einen anderen zu sechs Monaten Gefängnis, weil sie am 8. August im Kleinen Tiergarten einen SA-Mann zu Boden geschlagen hatten.

Die erste Kammer des Berliner Sondergerichts verurteilte am Freitag den Kommunisten Heyer wegen Waffenmißbrauchs zu zwei Jahren Gefängnis. Er hatte am 2. August — wie er sagt — einen Schreckschuß abgegeben, weil Nazis ihn bedrängten.

einer sozialistischen Regierung, die die Interessen der werktätigen Massen so vertritt, daß diese nicht weiter ein bloßes Ausbeutungsobjekt darstellen. Diese Reform der Verfassung kann nur verwirklicht werden durch einen Kampf der Arbeiter, und zwar durch einen geschlossenen Kampf. Man sollte meinen, daß das tolle Durcheinander, das jetzt im Lager der Reaktion herrscht, daß der wüste Streit um die Posten, der dort zwischen der Hugenberg- und der Hitler-Clique ausgebrochen ist, daß der erbarmungswürdige Anblick dieses Interessentenklüngels die Führer der Arbeiterschaft reizen würde, ihrerseits

die Einheitsfront der Arbeiterschaft herzustellen. Aber vorläufig weit gefehlt! In der kommunistischen Zeitung

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Freitag den Druoker Nowakowitz aus Neukölln wegen Herstellung illegaler kommunistischer Schriften zu zweieinhalb Jahren Festungshaft.

Wie Nazis der Terrornotverordnung entschlüpfen.

Das Berliner Sondergericht verhandelte am Sonnabend gegen drei Nazis aus Rangsdorf. Sie hatten am 14. August einen Gemeindepolizisten tödlich angegriffen, mißhandelt, seiner Waffe und seines Dienstumhangs beraubt.

Das Urteil (je zwei Wochen Gefängnis wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung) ist mit den geltenden gesetzlichen Bestimmungen durchaus unvereinbar. Denn die Tat fällt dem Datum nach unter die Terrornotverordnung, und zwar unter § 2, 2:

„Mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren wird bestraft, ... wer einen Polizeibeamten ... die sich in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes oder Dienstes befinden, tödlich angriff, wenn durch die Tat eine schwere Körperverletzung verursacht worden ist.“

Ist die Körperverletzung nicht schwer, so lautet die Strafe: Zuchthaus bis zu zehn Jahren.

Das Berliner Schnellschöffengericht verhandelte am Montag gegen den SA-Mann Kirchner, der am 25. August einen 15jährigen Juden mit einem Taschenmesser bedroht, die Lindenstraße lang geschleppt und einem Polizeibeamten, der ihn (Kirchner) verhaften wollte, einen Schlag ins Gesicht versetzt hatte. Der Fall fällt, da der Polizeibeamte nicht verletzt wurde, nicht unter die Bestimmungen der Terrorverordnung.

Urteil: fünf Monate Gefängnis; kein Haftbefehl.

Von Tod und Zuchthaus bedroht. Erschießung eines SA-Mannes vor Gericht.

Ueber fünf Berliner Arbeiter schwebt die Drohung der Todesstrafe. Am 20. September soll vor der ersten Kammer des Berliner Sondergerichts die Verhandlung stattfinden.

Es handelt sich um die Erschießung des SA-Mannes Gatschke am 29. August vor einem SA-Lokal in der Röntgenstraße in Charlottenburg. Manche Anzeichen sprachen von vornherein dafür, daß bei dem Zusammenstoß die Nazis aus dem SA-Lokal geschossen haben: gegenüber dem Lokal war eine Fensterscheibe zerschossen, und in der Toilette (!) des Lokals fand die Polizei Schusswaffen. Aber es sind keine Nazis unter Anklage gestellt worden.

Nach vielen vergeblichen Anstrengungen der Polizei (Haussuchungen in Arbeiterwohnungen, Verhaftungen von Arbeitern, die dann wieder freigelassen werden mußten) hat die Untersuchungsbehörde es jetzt so weit gebracht, daß zwölf Arbeiter unter Anklage stehen, darunter fünf unter Anklage des Totschlags. Wie neulich das Berliner Sondergericht Zuchthausstrafen auf Grund der Aussagen von Nazizeugen fällte, von denen einer in der Gegend des Zusammenstoßes nach linksstehenden Arbeitern geschneifelt und sie denunziert hatte, so ist es auch hier äußerst wahrscheinlich, daß nationalsozialistische Denunziationen am Zustandekommen der Anklage starken Anteil haben.

Unter den auf Totschlag Angeklagten befindet sich der 17jährige Arbeiter Heine.

„Berlin am Morgen“ wird von dem „verbrecherischen Spiel der Sozialdemokraten“ gesprochen, weil sie ein Volksbegehren eingereicht haben, und an den Schluß der kühne Satz gehängt: „Jetzt wird der Ruf durch das ganze Land gehen: es gibt keinen anderen Ausweg als den Kommunismus.“ Es spricht für die politische Unfähigkeit des Leitartikelschreibers B. F., daß er keinen einzigen Satz schreibt über die positive Politik der kommunistischen Partei. Er schimpft über alle Parteien und meint, da diese nun alle versagt hätten, würden die Massen fragen: Haben die Kommunisten nicht Recht gehabt? Leider wird die kommunistische Politik nicht dadurch richtiger, daß die Politik der anderen Parteien falsch ist, Was insbesondere die Massen von der kommunistischen

Politik abstößt, ist ihre zweideutige Haltung in der Einheitsfrontpolitik, die sie im Augenblick, offenbar im Gefühl, daß jetzt „der Ruf nach dem Kommunismus durch das Land gehe“, ziemlich abgestoppt hat. Denn was sie als Einheitsfrontpolitik heute treibt, ist nichts weiter als eine mit schlechten Mitteln betriebene Werbekampagne für ihre Partei. Es kommt nämlich jetzt — klassenmäßig gesehen — nicht darauf an, daß der Ruf nach dem Kommunismus durch das Land geht; es stehen jetzt viel einfachere Probleme zur Diskussion: die elementarsten Rechte der Arbeiterschaft sind in Gefahr: jetzt muß der Ruf nach einer Erhaltung der Koalitionsfreiheit, nach der Freiheit der Meinungsäußerung, nach der Aufhaltung der wahnsinnigen Lohnkürzungen, nach der Abstopfung der Sondergerichtsmaschine „durch das Land gehen“. Für diesen Ruf erheben sich heute weit mehr Stimmen und kann man leichter Stimmenerhebungen organisieren als für die Ziele der Kommunistischen Partei, und zwar deswegen, weil deren Ziele weitaus schwieriger zu diskutieren sind, und weil bei dem Kampf für ihre Durchsetzung weit mehr geklärt werden muß. Daß trotzdem der Verzicht auf ihre letzten Ziele für die KP kein Opportunismus ist, leuchtet ein: auch die Erfüllung der von uns erwähnten Forderungen fordert die KP.

Der Weg einer Arbeiterpolitik.

Freilich gehört auch zur Durchführung dieser hier kurz skizzierten Forderungen heute der Besitz der politischen Macht. Aber gerade wenn man die Eroberung der politischen Macht für wichtig hält, ist man darauf angewiesen, für diesen Zweck Bundesgenossen zu haben, und es bleibt bei unserer alten Parole, daß man ohne die Mithilfe der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter dieses Werk nicht vollbringen kann. Diese Arbeiter sind von der Taktik ihrer Führer alles andere als entzückt, aber sie sind durch die kommunistische Spaltungsarbeit in den Gewerkschaften und durch ihre hämische und zum Teil vorlogene Taktik den sozialdemokratischen Führern gegenüber fester mit diesen Führern verbunden als mit der kommunistischen Politik.

Dies ist ein Faktum, und wer es nicht sieht, ist eine politische Null, mag er sich auch Zentralkomitee der Kommunistischen Partei nennen.

Wenn die Kommunistische Partei nicht, ihre spalterische RGO-Arbeit, ihre bloße politisch-agitatorische Phrasenarbeit aufgibt, wenn sie nicht endlich eine radikal aufbauende, absolut ehrliche und eindeutig als solche erkennbare Politik der Einheitsfront mit allen sozialistischen Arbeitern und deren Führern, von oben und von unten, und mit einer ebenso maßvollen wie richtigen Kritik an der Tätigkeit anderer Arbeiterorganisationen beginnt, dann wird sie sich noch weiter isolieren als sie dies heute schon ist.

Es muß zugegeben werden, daß die sozialdemokratische Partei es der kommunistischen und überhaupt einer revolutionären Arbeiterorganisation nicht leicht macht, diese Einheitsfrontarbeit mit ihr zu beginnen. Die Sozialdemokraten haben ein Volksbegehren eingeleitet, um den sozialpolitischen Teil der jüngsten Papen-Verordnung zu beseitigen. Sie sind selbstverständlich erfreut, daß nun endlich wieder gewählt werden kann, und zwar dank ihrer Initiative gleich doppelt, einmal für den Reichstag und einmal gegen die Notverordnung. Man muß bedenken, daß die Hilflosigkeit parlamentarischer Methoden wohl noch niemals deutlicher zu Tage getreten ist als in dem jetzt aufgelösten Deutschen Reichstag. Trotzdem

schreibt der „Vorwärts“ gestern in einem Extrablatt zur Begründung der Volksbegehrens-Initiative:

„Das schaffende Volk Berlins tritt mit diesem Tage in einen neuen Kampf ein; es kämpft mit dem Stimmzettel in der Hand gegen die Pest des Nationalsozialismus und es kämpft mit der Waffe des Volksentscheides gegen die regierende Sozialreaktion und ihre Attacke auf die sozialen Rechte des Volkes. . . .

Nur dadurch, daß ihnen bei den Wahlen eine gründliche Niederlage beigebracht wird, kann für die Masse des Volkes der Weg zu besseren Zeiten geöffnet werden. . . .

Darum fordert die Sozialdemokratie das deutsche Volk auf, selber zu sprechen und sein Votum über die Regierungskünste der Barone abzugeben. Es wird vernichtend ausfallen!“

Man kann angesichts solcher Produktion die Ungeduld der kommunistischen Parteileitung sicher verstehen. Trotzdem darf der Versuch nicht unterlassen werden, die SP von diesem Wege des parlamentarischen Kretinismus abzubringen. Wir hielten

es für richtig, wenn die Kommunistische Partei bei aller Reserve gegenüber einer parlamentarischen Sonderaktion trotzdem zur Beteiligung an dem sozialdemokratischen Volksbegehren aufforderte. Wir hielten es für noch richtiger, wenn die KP endlich auch die Initiative aufnahm, für den Reichstagswahlkampf eine gemeinsame Aktion mit der SP zu verabreden. Wir hielten es für noch richtiger, wenn die KP schon heute Aktionen vorschlug, denen die sozialdemokratische Parteileitung die Beteiligung nicht versagen könnte, z. B. einen gut organisierten, unter Verzicht auf alle Sonderparolen durchgeführten Streik gegen die Lohnabbauverfahren der neuen Notverordnung. Wir werden zu diesen Plänen für die Einheitsfront noch nähere Vorschläge machen, in der sicheren Erwartung, daß beide Parteileitungen — vom Parteigoismus zerfressen und von politischer Blindheit besessen — sich mit Händen und Füßen und leeren Worten, da es mit Gründen nicht geht, sträuben werden, aber in der ebenso sicheren Überzeugung, daß dies der einzige Weg ist, der dem Sozialismus näherführt.

Der Verlauf der letzten Sitzung.

Am Regierungstisch hat Reichskanzler von Papen mit sämtlichen Mitgliedern des Kabinetts Platz genommen. Das Haus ist fast vollzählig versammelt. Die Tribünen sind überfüllt. In der Diplomatengalerie sieht man die Botschafter von Frankreich, England, Italien und Spanien, den österreichischen Gesandten, den Gesandten von Dänemark und eine Reihe weiterer Vertreter ausländischer Mächte.

Unter allgemeiner Spannung eröffnet Präsident Göring um 15 Uhr die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt

Abg. Torgler (Komm.),

die Anträge seiner Fraktion auf Aufhebung der Notverordnungen sofort auf die Tagesordnung zu setzen und ohne Aussprache darüber abzustimmen. Diese Notverordnung, so erklärte er, sei ein Geschenk für die Besitzenden und eine Belastung für die Werktätigen (Zuruf von den Kommunisten: Der Hungerkanzler soll abtreten!). Der Redner beantragt weiter, die Mißtrauensanträge gegen die Regierung von Papen ebenfalls sofort zur Abstimmung zu bringen. Für den Fall, daß Widerspruch erhoben werde, fordere er sofortige Schließung der Sitzung und Anberaumung einer neuen Sitzung auf eine Stunde später.

Abg. Löbe (Soz.)

beantragt, Anträge seiner Fraktion ebenfalls auf die Tagesordnung zu setzen, wonach die noch nicht in Kraftgesetzten Teile der Notverordnung nicht in Kraft gesetzt werden sollen, bevor der Reichstag über die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung entschieden hat. Der Redner erklärt, auch er sei mit beschleunigter Erledigung dieser Anträge einverstanden, aber der Abg. Dr. Oberfahren (Dntl.) werde ja sowieso gegen die sofortige Behandlung Widerspruch erheben.

Präsident Göring

stellt darauf die Frage an das Haus, ob gegen den kommunistischen Antrag, die Abstimmungen jetzt schon als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, Widerspruch erhoben wird. Das ist aber nicht der Fall. Zur allgemeinen Überraschung bleibt der von deutschnationaler Seite erwartete Widerspruch aus.

Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.):

beantragt dann unter allgemeiner Bewegung Unterbrechung der Sitzung um eine halbe Stunde.

Dieser Antrag wird mit einer Mehrheit, die aus Nationalsozialisten, Zentrum und Bayerischer Volkspartei besteht, angenommen.

Im Hause herrscht große Erregung. Überall bilden sich Gruppen, die die Vorgänge lebhaft besprechen. Nur langsam leert sich der Saal.

Gegen 16 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Das Haus hatte sich schon auf das erste Klingelzeichen hin sofort im Saal eingefunden, während die Regierungsbank leer blieb. Göring erschien im Saal zunächst auf seinem Abgeordnetensitz, um sich nach kurzer Besprechung mit einigen führenden Mitgliedern seiner Fraktion auf den Präsidentensitz zu begeben. Nachdem er dann die Sitzung wieder eröffnet hatte, erschien Papen wieder im Saal. Er hatte eine rote Aktenmappe unter dem Arm. Im Hause setzte, als dies bemerkt wurde, Heiterkeit und Erregung ein.

Präsident Göring

erklärte dann: „Nachdem sich vorhin kein Widerspruch gegen die neue Tagesordnung geltend gemacht hat, kommen wir zur Abstimmung über die Anträge des Abg. Torgler (von Papen erhebt sich — Göring fährt fort): Wer für den Antrag ist, bitte ich, eine Karte mit Ja, wer dagegen ist, eine Karte mit Nein abzugeben.“

Unter großer Erregung im ganzen Hause begibt sich alsdann Reichskanzler von Papen zum Präsidentensitz und legt dem Präsidenten ein Blatt Papier, die Auflösungsverordnung des Reichspräsidenten, vor.

Der Präsident legte die Verordnung zur Seite und bleibt auf seinem Platz, um die eingeleitete Abstimmung unter seinem Präsidium durchführen zu lassen. Reichskanzler von Papen hatte sich, nachdem die Abstimmung bereits eingeleitet worden war, zweimal — vergeblich — zum Wort gemeldet.

Es wird gemeinsam abgestimmt über die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Notverordnung und die Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung.

Unter großer Unruhe im Hause wird dann die Abstimmung vorgenommen. Die Minister haben inzwischen den Saal verlassen.

In namentlicher Abstimmung werden die verbundenen Anträge, die Notverordnung aufzuheben, sowie dem gesamten Kabinett Papen das Mißtrauen auszusprechen, mit 512 gegen 42 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen. (Stürmische Kundgebungen bei den Nationalsozialisten und auf der Linken).

Präsident Göring:

„Nachdem bereits die Abstimmung begonnen hatte, hatte der Herr Reichskanzler um das Wort gebeten. Nach der Abstimmung hätte ich, gemäß der Verfassung, dem Herrn Reichskanzler das Wort erteilt. Während der Abstimmung hat nun der Herr Reichskanzler mir ein Schreiben des Reichspräsidenten überreicht, das von dem Reichskanzler und dem Innenminister gegengezeichnet ist, die durch das Mißtrauensvotum als gestürzt zu gelten haben. Dadurch ist das Schreiben hinfällig geworden. (Größte Unruhe im ganzen Hause, Händeklatschen bei den Nat.-Soz. und Komm.) Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des Art. 25 löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Verordnung vom 4. September verlan-“

(Lärm bei den Kommunisten, fortgesetzte Unruhe im ganzen Hause.)

Meine Damen und Herren! Ich nehme den Standpunkt ein, daß dieses Schreiben vorläufig keine Gültigkeit hat, da die Gegenzeichnung von einem Ministerium erfolgt ist, das durch die Volkvertretung soeben mit überwältigender Mehrheit gestürzt worden ist. Der Sturz des Kabinetts war ebenso wenig überraschend wie die beabsichtigte Auflösung des Reichstages. Die Absicht der Auflösung des Reichstages wurde unterstrichen durch das Verhalten des Herrn Vizepräsidenten Graef bei der Vorstellung des Präsidiums bei dem Herrn Reichspräsidenten. Das Vorgehen des Herrn Vizepräsidenten Graef war ein Versuch, das Ansehen des Reichstages zu schädigen. Ich bin fest entschlossen, das Ansehen des Reichstages aufrecht zu erhalten, vor allem das Recht der Volkvertretung gemäß der Verfassung zu wahren. (Zurufe bei den Nat.-Soz.: Welcher Volkvertretung? — Es ist ja keine mehr da! — Lärm links und Händeklatschen bei den Nat.-Soz.) Wir werden alle Schritte und Maßnahmen treffen, um ein Auflösungsdekret, das von einer gestürzten Regierung gegengezeichnet ist, die lediglich auf die verschwindende Anzahl von 42 Stimmen im gesamten Reichstag verfügt, daß ein solches Auflösungsdekret zurückgenommen wird. (Beifall bei den Nat.-Soz.), nachdem es durch diese Gegenzeichnung die Gültigkeit verloren hat. Ich schlage vor, daß wir jetzt die Sitzung abbrechen.“

Nach 16 Uhr schließt Präsident Göring die Sitzung.

Der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung gegenüber der Reichsregierung hat in seiner Dienstag-Sitzung Reichskanzler von Papen und Reichsinnenminister von Geyl um ihr Erscheinen gebeten.

Beide haben dies abgelehnt.

Der Nachklang der Reichstagsauflösung.

Über die Auflösung des Reichstages und die Verfassungsmäßigkeit der Mißtrauenskundgebung hat natürlich sofort ein ungeheurer Trubel eingesetzt, über den wir an dieser Stelle nur die Tatsachen berichten.

Göring hat noch nachträglich erklärt, daß er die Auflösungsorder nicht als vollzogen anerkennen könne, da die Regierung bereits gestürzt gewesen sei; er werde diesen seinen Standpunkt dem Reichspräsidenten schriftlich mitteilen. — Er wußte ferner mitzuteilen, daß verschiedene Länderregierungen in bezug auf die Rechtsgültigkeit der Auflösung des Reichstages eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes herbeiführen wollten. Bis zu dessen Entscheidung wollte er den Reichstag nicht wieder einberufen.

Die Reichsregierung erklärt, daß Göring die Verfassungsartikel 33 und 97 verletzt habe, wonach den Mitgliedern der Reichsregierung jederzeit das Recht zustehe, auch außerhalb der Tagesordnung in die Debatte einzugreifen. — Auch über die Zeit der Auflösung hat sich die Reichsregierung noch nachträglich Gedanken gemacht: Sie erklärt nämlich, daß der Reichstag aufgelöst sei, wenn das Dekret vom Kanzler unterzeichnet sei. Diesen Standpunkt teilt aber offenbar Papen selber nicht, er erklärte in seiner Rede am Rundfunk: „Mit dem Augenblick der Ueberreichung dieses Dekrets war nach den Bestimmungen der Verfassung der Reichstag aufgelöst.“

Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz erklärt am Schluß eines Artikels über die „Regierung ohne Volk“, daß sie erwarte, daß Hindenburg nach Kenntnisnahme des überwältigenden Mißtrauensvotums das Auflösungsdekret zurückziehen werde. Sie fährt fort: „Wir können und wollen nicht annehmen, daß der Herr

Reichspräsident noch länger einem Kabinett sein Vertrauen schenkt,

das fast vom gesamten deutschen Volk in so unzweideutiger verfassungsmäßiger Weise im Reichstag mit schärfstem Mißtrauen abgelehnt worden ist.“

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat erklärt: „Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat den Reichstag verlassen. Als Rumpfparlament (!) blieben zunächst die Parlamentsparteien, bestehend aus den Nationalsozialisten, den Sozialdemokraten, den Kommunisten und dem Zentrum in fruchtloser Demonstration zusammen, um schon eine Stunde später in Streit zu geraten. Wir Deutschnationalen werden uns nach wie vor für die autoritäre Staatsführung des Reichspräsidenten von Hindenburg gegen Parlaments- und Parteiherrschaft einsetzen.“

Die Zentrumsfraktion veröffentlicht eine scharfe Erklärung, der wir folgendes entnehmen: „Die Zentrumsfraktion hat nichts unversucht gelassen, um alle positiven Möglichkeiten zu einer sachlichen Zusammenarbeit zwischen Reichsleitung und Volkvertretung auszunutzen. Die Reichsregierung hat indessen jeden derartigen Versuch vereitelt.“

Die Zentrumspartei muß daher jede Verantwortung für die verhängnisvollen Folgen dieser Auflösung ablehnen, die weder dem Wortlaut noch dem Geiste der Verfassung entspricht.

Getreu ihrer bewährten Ueberlieferung als Verfassungspartei und als Hüterin der Volksrechte wird die Zentrumspartei ihren Weg unbeeinträchtigt nach dem Wohle des Volkes gehen mit äußerster Entschlossenheit fortsetzen.“

Die Fraktionsführer haben getagt, aber sich zum Schweigen verpflichtet über die Ergebnisse ihrer Aussprache. — Es hat sich nur herumgesprochen, daß in Kürze der sogenannte Ueberwachungsausschuß und der Answärtige Ausschuß tagen sollen, die beide nicht unter das Auflösungsgebot fallen.

Herr von Geyl hat erklärt, daß die Regierung natürlich die verfassungsmäßigen Vorschriften für die Neuwahl einhalten wolle.

Die Sozialdemokraten haben ein Volksbegehren eingeleitet mit dem Ziel, den sozialpolitischen Teil der jüngsten Notverordnung Papens zu Fall zu bringen. Die anderen Teile der Notverordnung sollen in das Volksbegehren nicht aufgenommen werden, weil es sich dabei um Bestimmungen des Reichshaushalts oder um Finanzgesetze handelt, die nach der Verfassung nicht auf dem Wege des Volksentscheides abgeändert werden können.

Die Meinung des Auslandes.

Die Vorgänge im Reichstag haben im Ausland anscheinend keine große Ueberraschung hervorgerufen; sie finden aber, vor allem in England und Frankreich, starke Beachtung als

ein weiterer Schritt Deutschlands auf dem Weg vom Parlamentarismus zur Diktatur.

„Times“:

Die Gefahr liege darin, daß der nunmehr ausgebrochene Konflikt vielleicht auf außerparlamentarische Weise ausgetragen würde. Wie die Papen-Regierung sich nicht viel um die Parteien schere, so müsse man sich daran erinnern, daß das parlamentarische Regierungssystem bereits tief im Ansehen gesunken sei. . . . Aus dem Gegensatz zwischen Regierung und Reichstag folge keineswegs, daß die Regierung von Papen die Fühlung mit der öffentlichen Meinung, besonders in außenpolitischen Fragen, verloren habe.

Der bisherige Hitler-Verehrer „Daily Express“:

Heute werde Deutschland erfahren, ob Hitler ein Held oder ein Narr sei.

In Frankreich:

Die radikalsozialistische „Republique“ und der reaktionäre „Matin“ sind sich darin einig, daß die deutsche Republik endgültig überlebt, und daß die Diktatur in Deutschland nunmehr gewiß sei.

Die dänische „Berlingske Tidende“ glaubt, daß die hinter Papen stehenden Parteien im Wahlkampf gewinnen, ohne allerdings eine Mehrheit für Papen zu bekommen. Sie zweifelt, daß die NSDAP auf die Dauer „als Ritterwache für die Weimarer Verfassung“ die Begeisterung ihrer Anhänger behalten würde.

Die ungarische Presse ist im allgemeinen mit der Haltung Hindenburgs und Papens einverstanden. Der Peeter „Lloyd“ sagt sogar, „ein aufgezwungenes Wahlgesetz, wenn es auch verfassungswidrig sei, entspräche dem Grundsatz: „Not bricht Eisen!“

Abrüstung und Sicherheit.

Die französische Antwortnote.

Die Antwort der französischen Regierung auf die deutsche Gleichberechtigungsnote, die der französische Botschafter der deutschen Regierung bereits am Sonntag mittag übergeben hat, liegt nunmehr im Wortlaut vor.

In den einleitenden Worten gibt die französische Antwort dem Bestreben Ausdruck, dem deutschen Wunsch nach Offenheit rückhaltlos und ohne Hintergedanken zu entsprechen.

Die Antwort gliedert sich in zwei Teile; der erste beschäftigt sich mit der Abrüstungskonferenz und den Anstrengungen der Franzosen, die Konferenz zu fördern; der zweite geht auf den Rechtsanspruch der deutschen Gleichberechtigungsforderung ein und auf den Inhalt der deutschen Aenderungsvorschläge.

Die französische Regierung erklärt, daß die deutsche Auffassung, der Verlauf der Abrüstungskonferenz werde möglicher Weise unbefriedigend bleiben, den Ereignissen vorgreife und sich bei gerechter Bewertung des bereits Geleisteten nicht rechtfertigen lasse. Die Regierung der französischen Republik sei sich bewußt, alles Erforderliche getan zu haben, um ein ordnungsmäßiges Fortschreiten der Arbeiten der Konferenz zu ermöglichen. Sie habe u. a. die von ihr aufgestellte These hinsichtlich der Sicherheit für einen späteren Zeitpunkt zurückstellen lassen und habe sich damit einverstanden erklärt, daß

die Prüfung dieser These ebenso lange verschoben werde, wie es von Deutschland für die Prüfung seiner Forderung auf Gleichberechtigung zugestanden werde. —

Sie habe überdies ihren Willen zur Abrüstung durch Herabsetzung der Wehrausgaben um 1,5 Milliarden Franken bewiesen.

Die französische Regierung habe ferner dazu beigetragen, für den Erfolg der Konferenz wichtige Probleme zu fördern wie z. B. den von dem amerikanischen Präsidenten Hoover vorgelegten großzügigen Vorschlag. Sie habe das völlige Verbot des Bombenabwurfs vorgeschlagen, freilich unter der Einschränkung einer Internationalisierung der zivilen Luftfahrt.

Nach französischer Auffassung liege der Schwerpunkt der Abrüstungskonferenz auf Artikel 8 der Völkerbundsatzung (wonach eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der internationalen Verpflichtungen vereinbar ist, gefordert wird). Aus diesem Artikel 8 ergebe sich,

daß man nicht nach Aufrüstung einzelner streben dürfe, sondern nach einer kontrollierten allgemeinen Abrüstung.

Wenn die deutsche Regierung sich für berechtigt erklären wollte, ihren eigenen Rüstungsstand unter Berufung darauf zu ändern, daß von dem jetzt in Vorbereitung stehenden Abkommen nur unzureichende Ergebnisse zu erhoffen seien, so würde sie nicht nur den klaren Verpflichtungen aus dem von ihr unterzeichneten Vertrag zuwiderhandeln,

sondern sie würde durch ihre Haltung auch die künftige Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung unmöglich machen.

Wenn Deutschland die Absicht habe, gemeinsam mit Frankreich wie mit anderen Staaten an diesem Werke zu arbeiten, über dieses Werk zu verhandeln und Besprechungen darüber zu führen, so sei nichts berechtigter, nichts wünschenswerter als das.

In dem zweiten Teil geht die Note auf die Rechtstellung Deutschlands innerhalb einer allgemeinen, unter dem Schutz der Schiedsgerichtsbarkeit und der Kontrolle stehenden Friedensordnung ein. Deutschland erkläre, die Abrüstungskonvention müsse an die Stelle des Teils V des Versailler Vertrages treten, und es dürften fortan keine Sonderbestimmungen mehr für Deutschland vorgesehen werden. Die französische Note fährt fort: „Vom Rechtsstandpunkt aus kann die französische Regierung dieser Thesen nicht beipflichten. Denn

weder im Teil V des Vertrages (von Versailles) noch in der Völkerbundsatzung findet sich irgend eine Vorschrift, wonach eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen die Nichtigkeit der im Verträge enthaltenen Bestimmungen zur Folge hätte.

Mit diesem rechtlichen Vorbehalt erklärt sich Frankreich bereit, seinerseits an der Prüfung dieses Problems auf dem gleichen Fuße, wie alle anderen Beteiligten und mit dem Wunsch mitzuarbeiten, daß in den künftigen Texten die Fortschritte berücksichtigt werden, die durch die Arbeiten der Konferenz selber erzielt sein werden.“

Frankreich werde selber auf dem Weg der Abrüstung um so weiter gehen, je größere Garantie in der allgemeinen Organisation des Friedens geschaffen würden. Die Note weist auf die französische Forderung einer internationalen Organisation hin, die jedem Gewähr für seine Sicherheit biete und jedem gleiche Verpflichtungen auferlege. Mit diesen Vorschlägen stehe Frankreich auf dem Boden der Völkerbundsatzung; es beabsichtige nicht, mit diesem Vorschlag einen verschleierte Imperialismus zu vertreten.

Frankreich habe in der Sicherheitsfrage positive Vorschläge gemacht. Es sei nicht nur bereit, etwaige Anregungen Deutschlands zu prüfen, sondern es bitte um solche Anregungen, ebenso wie die anderer Staaten. Nichts würde zur Befriedigung der Welt zweckmäßiger erscheinen, als ein Zusammenwirken Deutschlands und Frankreichs auf diesem Gebiete.

Anstrengungen und Mißgunst in Stresa.

Auf der in Stresa stattfindenden Wirtschaftskonferenz für die mittel- und südosteuropäischen Staaten ist der Kampf zwischen Paris und Rom noch in vollem Gange, wenn auch, wie der Vorsitzende der Konferenz, der französische Delegationschef Bonnet, zu dem Korrespondenten des „Berliner Tageblatt“ sagte, die Atmosphäre günstig ist. Wie wir schon am Sonnabend berichteten, verlangt die französische Delegation — und die deutsche hat sich ihr angeschlossen, daß die

Nach diesen Ausführungen zur Gleichberechtigungsforderung geht die Note auf die deutschen Vorschläge über Abänderung der deutschen Wehrmacht ein. Die französische Regierung zieht für ihre Antwort

nicht nur die offizielle deutsche Denkschrift heran, sondern auch die Erklärungen des Reichswehrministers

im „Heimatsdienst“ und gegenüber dem amerikanischen und dem italienischen Pressevertreter. Nach diesen Erklärungen handle es sich darum, daß Deutschland Luftstreitkräfte, Luftabwehrgeschütze, Kampfwagen, schwere Artillerie, U-Boote, Flugzeugmuttertschiffe und Panzerschiffe fordere.

Kein Zweifel: Es handle sich hier um eine Aufrüstung.

„Schon jetzt muß darauf hingewiesen werden, daß sich diese Aufrüstung auf alle die Staaten ausdehnen würde, die durch Verträge an ein ähnliches Regime gebunden sind wie Deutschland. Eine Aufrollung des ganzen mittel- und osteuropäischen Problems wäre also die unmittelbare Folge, und auf dieser breiten Grundlage würde das Wettrüsten von neuem beginnen. . . . Frankreich kann sich nicht darauf einlassen, auf ein Problem von solchem Umfang für sich allein eine Antwort zu erteilen.

Da Deutschlands Forderungen sich ferner auch auf das Seewesen erstrecken, würde das gesamte Flottenregime der Mächte mit ins Spiel gezogen. Die Unvorsichtigkeit einer Einzelantwort würde also das gesamte Rüstungsregime der Welt berühren.

„Wenn also Deutschland auf seinen Absichten besteht, so muß eine allgemeine Aktion durchgeführt werden.

Auf welchem Boden?

Nicht auf dem Boden der Abrüstungskonferenz.“ Frankreich lehnt dieses Forum ab, da die Konferenz Herabsetzung und nicht Erhöhung der Rüstungen bezwecke, ferner deshalb, weil an ihr Nationen teilnehmen, die an den Friedensverträgen nicht beteiligt sind.

Frankreich fordert daher Befragung der Mächte, die den Vertrauenspakt von Lausanne unterzeichnet haben, außerdem weist es auf den Vertrag von Versailles hin, der nicht einseitig abgeändert werden könne. Es heißt in diesem Vertrag, nur der Völkerbund könne etwaige Änderungen in dem durch den Versailler Vertrag bestimmten Rüstungsstand annehmen.

So liegt also die Entscheidung allein beim Völkerbund.

Frankreich kann den Verpflichtungen, die es ihm gegenüber eingegangen ist, nicht zuwiderhandeln, und wir behalten uns vor, vor dem Völkerbund gegebenenfalls die Gründe darzulegen, die uns hindern, einer Wiederaufrüstung Deutschlands zuzustimmen.“

mitteleuropäischen Staaten ein Kollektivabkommen treffen, wonach die Produkte der mitteleuropäischen Staaten von allen in gleichem Maße bevorzugt werden sollen. Dagegen verlangen die Italiener, daß diese Bevorzugung nicht einheitlich für alle Abnehmerländer der Donaustaaten geregelt werden soll, sondern das Einzelabkommen zwischen den betreffenden Ländern abgeschlossen werden. Der Grund für die Abneigung Italiens gegen ein Kollektivabkommen liegt wahrscheinlich darin, daß es in einem Einzelabkommen mit den Donauländern die Bevorzugung ihrer Produkte so festlegen kann, daß dabei Italiens lebhafter Handel mit Argentinien nicht gefährdet wird. Gleichzeitig ist es bereit, den Donauländern durch einen Geldbeitrag zu helfen, wohl um sie so als Abnehmerländer für Industrieprodukte zu retten.

Unterstützung findet dieser Plan von keiner Seite, besonders, weil eine allgemeine Abneigung gegen direkte finanzielle Unterstützung besteht.

Um zu vermitteln, hat erst Deutschland und dann Frankreich einen neuen Vorschlag gemacht. Der neue französische weitergehende Vorschlag lautet dahin, daß die Staaten, die den Donauländern keine Vorzugszölle gewähren wollen, eine bestimmte Umlage zu zahlen haben.

Man kann es der zuvorkommenden Haltung Frankreichs in Stresa anmerken, daß ihm daran liegt, die Konferenz zu einem Ergebnis zu führen.

Dieses Interesse besteht in dem engen Zusammenhang zwischen dieser Konferenz und der Weltwirtschaftskonferenz. Wer würde noch an einen Erfolg der Weltwirtschaftskonferenz glauben, wenn schon die viel kleinere und weniger komplizierte Konferenz von Stresa fehlschlägt?

Die einzige Erklärung, die bisher von englischer Seite gefallen ist, enthält eine entschiedene Ablehnung des italienischen Vorschlags, außerdem die Behauptung, es sei doch lächerlich, an irgend welche Lösungen in der Frage der Hilfe für die Donauländer heranzugehen, solange diese Länder nicht ihren Wirtschaftsgeiz aufgeben, ein Standpunkt, der nur allzu deutlich die Absicht Englands verrät, sich von der ganzen Hilfsaktion für die Donauländer so weit wie möglich fernzuhalten.

Die neue Frontenbildung in Stresa ist den deutschen Nationalisten, z. B. der „Berliner Börsen-Zeitung“, sehr in die Knochen gefahren. Die „B. B.-Z.“ schreibt in einem Leitartikel über Stresa, eine Isolierung Italiens würde sehr zu bedauern sein, da Deutschland und Italien doch bisher weitgehend in Übereinstimmung gewesen seien über die politische Taktik, die in der Donaufrage einzuschlagen sei. Daß die Reichsregierung die Absicht gehabt habe, weiter mit Italien zusammenzuarbeiten, gehe schon daraus hervor, daß der Chef der deutschen Delegation, Ministerialrat Posse, vor Beginn der Konferenz nach Rom gefahren sei, „um den Gleichklang der Auffassungen zwischen Berlin und Rom festzulegen“.

Als Italien vorzog, gegen Deutschland-Frankreich Front zu nehmen, da bekam die Stresa-Konferenz für manchen deutschen Kreise ein bedrohliches Gesicht: Sollte es sich hier etwa um den Versuch einer deutsch-französischen Verständigung handeln? Bonnet selber wagte es, diesen Gedanken sogar auszusprechen. Er sagte zu dem Korrespondenten des „Berliner Tageblatt“, daß er sich als Anhänger der Verständigungspolitik besonders freue, in Stresa mit Deutschland einig zu gehen. Rasch erwidert die „Berliner Börsen-Zeitung“: „Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß diese Bereitwilligkeit des Deutschen Reichs (einen Kompromißvorschlag zur Überbrückung der französisch-italienischen Gegensätze vorzulegen) aus dem gegenwärtigen schlechten Stande der deutsch-französischen Beziehungen resultiert, die wohl auf absehbare Zeit keine Wendung zum Besseren nehmen dürften.“ Mit anderen Worten also: Da die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich schlecht sind, vermeide man jede Gelegenheit, sie zu bessern!

Die China-Mercantil-Bank in Schanghai hat ihre Schalter geschlossen. Da durch einen Zusammenbruch viele chinesische Kapitalisten geschädigt werden würden, sind Verhandlungen zur Stützung der Bank im Gange.

Keine Aufrüstung — keine Abrüstung.

Der vorläufige Stand der Diskussion.

S. H. Der Schwerpunkt der französischen Antwortnote liegt nicht in der Stellungnahme zur deutschen Gleichberechtigungsforderung, sondern in der Auseinandersetzung mit den deutschen Aufrüstungsplänen.

Das Thema der Aufrüstung.

Wir beginnen daher unsere Erörterung der französischen Antwort, auf deren Verständnis es zunächst ankommt, mit denjenigen Feststellungen, die die französische Regierung zur Frage der Herauf- und Herabsetzung der Rüstungen macht.

1. Frankreich verteidigt die Genfer Abrüstungskonferenz als das Forum für Abrüstungsfragen.

2. Frankreich schlägt die internationale Kontrolle der Rüstungen, das internationale Schiedsgericht und dessen Exekutive vor als Garantie der nationalen Sicherheit jeder Nation, deren Anspruch Frankreich auch Deutschland zuerkennt.

3. Frankreich sieht in den Vorschlägen der Neurath'schen Note zur Herstellung der deutschen Sicherheit, die es, „um irrtümliche Auslegungen des offiziellen Textes zu vermeiden“, durch die Aeußerungen des Reichswehrministers ergänzt, unzweifelhaft Aufrüstungspläne.

4. Die Anmeldung solcher Aufrüstungspläne nötigt Frankreich, gestützt auf die Einsicht, daß solche Pläne alle Mächte in Mitleidenschaft ziehen, und auf Deutschlands Zusage (Art. 164, Abs. 2 des Friedensvertrages), Überschreitungen seiner bisherigen Bewaffnung nur bei Zustimmung des Völkerbundes vorzunehmen, die Entscheidungen über die konkreten Forderungen Deutschlands dem Völkerbund zu übergeben.

Das Thema der Gleichberechtigung.

1. Die französische Note lehnt den Vorschlag der deutschen Regierung ab, Abrüstungskonventionen an die Stelle des Teils V des Versailler Vertrages zu setzen.

2. Die französische Regierung erklärt sich bereit, unter diesem Vorbehalt an der Prüfung des Gleichberechtigungsproblems auf der Genfer Konferenz mitzuarbeiten! Die Angleichung an den Zustand der Gleichberechtigung erwartet Frankreich von den Fortschritten, die auf der Abrüstungskonferenz erzielt werden.

Das Ergebnis.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich:

1. Frankreich gibt Deutschland die Aufrüstung nicht frei, schließt sie aber auch nicht endgültig aus.

2. Die Abrüstung der übrigen Mächte ist nicht zugesichert.

3. Hieraus folgt, — da auch eine formale Gleichberechtigung nicht anerkannt worden ist —

daß die Frage der Gleichberechtigung offen geblieben ist.

Aussichten für weitere Verhandlungen.

Frankreich hat in seiner Note den Weg zur Herstellung des allgemeinen Friedens, der die nationale Sicherheit jedes Staates garantiert, angegeben: Die Schaffung eines internationalen Gerichts, und einer ihm angeschlossenen Exekutive.

Deutschland hat in seiner Note zum mindesten zugestanden, daß es jeder radikalen Abrüstungsmaßnahme Folge leisten werde, sofern sich alle Staaten ihr unterwerfen.

In diesen beiden Vorschlägen sind diejenigen Maßnahmen genannt, durch die eine allgemeine rechtliche Ordnung unter den Völkern hergestellt werden kann. Die Sicherung dieser Ordnung läßt sich nur erreichen auf die von Frankreich vorgeschlagene Weise; da aber heute eine solche Organisation keinen rechtlichen Vertreter hat — auch Frankreich nicht —, ist die radikale Abrüstung aller der heute gebotene Weg.

Aber trotz dieser Erklärungen der beiden Mächte sind wir weit davon entfernt, anzunehmen, daß die Delegierten der Genfer Konferenz hier den Ansatzpunkt zu weiteren Verhandlungen nehmen werden. Frankreich hat freilich in begründenswerter Weise die Gefahr der deutschen Aufrüstungspläne herausgestellt, deren Durchführung nichts anderes als ein allgemeines Wettrüsten auslösen würde. Aber da es die deutsche Aufrüstung vor das Forum des Völkerbundes zieht und sie nicht endgültig ablehnt, hat es die Gefahr nicht beschworen, daß die Genfer Konferenz ihr Unterhaltungstheater weiterführt und das Ganze damit endet, daß hinter dem Schutz scheinheiliger Protokolle alle Staaten einschließlich Deutschlands aufrüsten.

So gemäßigt auch die französische Note in ihrem Ton ist — als Antwort auf die ruhige Form der Neurath'schen Denkschrift — und so würdig der Schlußsatz der französischen Antwort klingt mit seinem

Glauben an die Möglichkeit, mit Deutschland gemeinsam nach einem neuen Rechtszustand zu suchen,

so wenig wollen wir ein Hehl daraus machen, daß keine der beiden Regierungen bisher die Gewähr gibt, daß der Weg des Friedens beschritten wird.

Die nächsten Schritte.

Die Tür für Verhandlungen ist durch die französische Note nicht endgültig zugeschlagen. Der Schwierigkeiten Herr zu werden, nachdem Frankreich private Verhandlungen ablehnt, Deutschland aber bisher die Teilnahme in der Genfer Konferenz von vorhergehenden Zusicherungen in bezug auf Gleichberechtigung abhängig macht, eröffnet sich dadurch ein Ausweg, daß England bereits eine Zwischenkonferenz vorschlägt, auf der ein ausgewählter Kreis von Regierungsvertretern eine Klärung herbeizuführen sucht. Die für den kommenden Montag einberufene Sitzung eines der Abrüstungsausschüsse, an der Deutschland teilnehmen mußte, ist um einige Tage verschoben worden, offenbar, um die Chance zu vergrößern, vorher eine Einigung mit Deutschland zu erzielen.

Im Zeichen der Geistesfreiheit.

Der Kulturtag in Essen.

In Sonderzügen, mit Lastkraftwagen, Wagen und Rädern waren sie zum Kulturtag nach Essen gekommen: Männer und Frauen, Arbeiter aus dem Rheinland, aus dem Ruhrgebiet, aus dem Bergischen Land. Tausende und aber Tausende bildeten den Aufmarsch bei dem Kulturtag des Deutschen Freidenkerverbandes am 11. September in Essen. Viele Stunden dauerte es, bis die Massen, zum Zuge formiert, in endloser Reihe durch die Straßen Essens gezogen waren, und auf dem Gruga-Gelände in der Festhalle ankamen. Fünfzehntausend mögen in geschlossenem Zuge durch die Straßen Essens marschiert sein — die größte Halle der Gruga faßte ihre Zahl nicht, weshalb eine Parallel-Kundgebung in einer zweiten Gruga-Halle notwendig wurde. Man wird die Teilnehmerzahl am Kulturtag mit achtzehnbis zwanzigtausend Menschen nicht überschätzen.

Die festlich ausgeschmückte Halle V der Gruga, deren hochstrebende Spitzbogen einen Festraum von großer Schönheit schaffen, war lange vor Beginn der Kundgebung bis auf den letzten Platz gefüllt. Alle Tribünen, alle Gänge angefüllt mit erwartungsvollen Menschen. Ein vielköpfiges philharmonisches Orchester leitete die Kundgebung mit einem mächtvollen Hymnus ein, der Kraft und Zuversicht vermittelte. Massenchöre, Sprechchöre der Jugend machten die Kundgebung zu einem wirklichen Fest. Unmittelbar, spontan war das Gefühl der Beglückung, das von dem Erlebnis ausging, Tausende, Zehntausende, einzig im Ziel, für das Ideal der Geistesfreiheit sich erheben und die roten Banner grüßen zu sehen! Die Skeptiker hatten sich geirrt, wenn sie vorher ein Mißlingen des Kulturtages prophezeiten. Die Massen waren dem Ruf gefolgt. Unsere Zeit trägt nicht nur solche Kundgebungen — sie verlangt geradezu danach. Der Wunsch, der geeinten Reaktion einen Wall entgegenzustellen, einen Wall lebendiger, kampftenschlossener Menschen, dieser Wunsch besetzte alle, die am Sonntag in Essen im Gleichschritt durch die Straßen zogen. Und angesichts des Zuges der Tausende war es ein Wermutstropfen im Becher der Freude, daß die kommunistischen Freidenker-genossen, statt Schulter an Schulter mit uns im Zuge zu marschieren, abseits standen — von ihren Führern gehindert, die Einheitsfront herzustellen. Wie hätte es gewirkt, wie hätte es alle Hoffnungslosigkeit, alle Müdigkeit verscheucht und alle Feuer revolutionären Elans entzündet, wenn die kommunistischen Genossen mit uns marschiert wären, und wenn der Genosse Sievers in seiner Festrede nur einen Satz gesagt hätte, den nämlich: „Genossen, die deutschen Freidenker haben sich geeinigt! Es gibt nur noch einen großen, revolutionären Verband deutscher Freidenker!“

Sievers hat diesen Satz nicht gesagt. Er hat über die Zerrissenheit der deutschen Freidenkerbewegung überhaupt nichts gesagt. Vielleicht tat Sievers gut daran, auch nicht den Verdacht einer politischen Stellungnahme zu wecken. Sievers gab in seiner Rede eine Darstellung der Lage der Freidenkerbewegung im heutigen Deutschland. Er zeigte das Bündnis auf, das die geeinte Reaktion, Klerus, Faschisten, Kapitalisten, Generäle eingegangen ist. Er nahm Stellung zum Katholikentag, der vor einer Woche in Essen stattgefunden hat. Sievers wies darauf hin, wie schon rein äußerlich der Katho-

likentag vom Freidenker-Kulturtag sich unterscheidet durch den Reichtum und den pomphaften Prunk, der den Katholikentag auszeichnete und der in schreiendem Gegensatz zu der täglich wachsenden Not des Volkes stünde.

Bemerkenswert waren die Ausführungen des Genossen Sievers über den Weg, der zur sozialistischen Gesellschaft führt. Sievers wandte sich ab von der Demokratie. Krampfhaft habe die Arbeiterschaft sich bemüht, in der Demokratie um die Seele des einzelnen Staatsbürgers zu ringen, das Gebäude der Demokratie aufrecht zu erhalten. Heute stände die Arbeiterschaft vor einem Trümmerhaufen. Die Bourgeoisie habe die Demokratie verlassen und den Weg der Diktatur beschritten. — „Wir wollen dieser Diktatur die unsrige entgegensetzen!“ Und Sievers sagte: „Wir werden siegen! Denn wir marschieren, wir marschieren! Wir sind die aufstrebende Klasse, unser Gegner aber verurteilt, mit der zum Untergang reifen Gesellschaftsordnung zusammen unterzugehen!“ Hier ist der Punkt, an dem man dem Genossen Sievers, dem Freidenker Sievers, zuzufügen möchte: Du bist, wenn Du so sprichst, jenem verhängnisvollen Optimismus verfallen, den wir als Notwendigkeitsaberglauben von jeher gebrandmarkt und in seiner Gefährlichkeit für den Befreiungskampf der Arbeiterschaft aufgezeigt haben. Solcher Notwendigkeitsaberglaube ist indessen — wie jeglicher Aberglaube — eines wahren Freidenkers unwürdig. Ob wir die „aufstrebende Klasse“ sind oder nicht, Genosse Sievers: Wir müssen nicht siegen, — aber wir wollen siegen, und weil wir dies wollen, müssen wir kämpfen!

Am Abend des 11. September fand im Anschluß an den Kulturtag eine vom Internationalen Sozialistischen Kampfbund einberufene, gut besuchte Veranstaltung im Gewerkschaftshaus Essen statt, in der die Genossin Mros über den Katholikentag und seine Lehren für uns Freidenker sprach. Beachtlich und nachahmenswert war vieles auf dem Katholikentag, was die Form und die Art der Einflußnahme auf den Menschen, besonders der Großstadtmenschen, angeht. Hier sehen wir die katholische Kirche, die von uns längst als eine nach Weltherrschaft strebende politische Macht erkannt ist, erfolgreich neue Wege suchen. Aber wenn es darauf ankommt, den Inhalt der katholischen Lehre kritisch zu würdigen, dann erkennen wir in der katholischen Kirche, mehr noch als im bürgerlich-kapitalistischen Staat, einen gefährlichen Gegner der Arbeiterschaft und ihres sozialistischen Zieles. Denn es ist das die geistige Knechtung vor allen anderen Auszeichnende, daß sie im Kinde schon das Streben nach Wahrheit, das Gefühl für Gewissensfreiheit und Menschenwürde vernichtet, indem sie die Ohnmacht des Menschen verkündet, aus eigener Kraft sittlich handeln zu können, so daß ein in diesem Sinne „katholischer“ Mensch niemals zum Bewußtsein seiner Lage kommen und daher auch niemals ein Kämpfer für Geistesfreiheit, Recht und Kultur werden kann.

Paul Löbe tritt in die Redaktion des „Vorwärts“ ein, wahrscheinlich damit der Ton des „Vorwärts“ mehr auf die Interessen der Arbeiterschaft abgestimmt wird.

Der Streik der Juristen.

In die Debatten der Juristen über die Frage, in welchem Zeitpunkt der Reichstag aufgelöst war, hat auch Herr von Gayl eingegriffen; vor Pressevertretern am Montag abend. Als Papen sich zum Wort meldete, hatte — so sagte von Gayl — die Abstimmung noch nicht begonnen; denn nach der Wortmeldung sei erst noch aus dem Hause der Antrag auf namentliche Abstimmung gekommen, und diesen Antrag habe Göring aufgenommen. Nach der Geschäftsordnung des Reichstages könnten aber namentliche Abstimmungen nur bis zur Eröffnung der Abstimmung beantragt werden. — Wir meinen, daß es sich nicht um einen von Göring aufgenommenen Antrag, sondern lediglich um eine Erinnerung an die bisherigen Gepflogenheiten gehandelt hat.

Der Staatsgerichtshof — so behauptete von Gayl — sei für Differenzen zwischen Reichstag und Reichsregierung nicht zuständig. Das stimmt, diese Differenzen gehören vor den Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

Kampfausschuß gegen Zwangsarbeit und Krieg, Kassel.

„Gegen Arbeitsdienstpflicht und Krieg!“ findet am Donnerstag, dem 15. September 1932, 20 Uhr, im Gildehaus, Kassel, eine

Öffentliche Jugendversammlung

statt. Redner: Genosse Karl Eckerlin. Freie Aussprache. Eintritt: 20 Pf., Jugendliche und Erwerbslose 10 Pf.

Einbruch in die kommunistischen Fraktionsräume.

Die politische Abteilung des Berliner Polizei-Präsidiums hat, offenbar auf eine Denunziation hin, die Koller des Reichstags untersucht, gegen den angeblich ein Sprengstoffattentat geplant war. Weder der Reichstagspräsident noch der Polizeipräsident sind davon benachrichtigt worden, da man sie fernmündlich nicht erreicht hat. Bei dieser Gelegenheit durchsuchte man auch gleich die Zimmer der kommunistischen Reichstagsfraktion, in der beleidigende Annahme, daß Bombenattentate bloß von dieser Fraktion geplant sein könnten.

Die kommunistische Fraktion und der Direktor beim Reichstag, der schon vor der Durchsuchung gegen deren Durchführung protestiert hatte, haben nachträglich Protest erhoben. Der untersuchungsfreudige Regierungsrat, der diese Aktion eingeleitet hat, wird hoffentlich infolge der Beschwerden der kommunistischen Fraktion an die Luft gesetzt werden.

Reichsgerichtspräsident Bumke, der Ende Juli bei der Verhandlung über die einstweilige Verfügung Proußens gegen Papen auf beschleunigte Erledigung der preußischen Klage vor dem Staatsgerichtshof (mit Worten) drängte, hat jetzt, obwohl diese Sache noch unerledigt ist, Zeit gefunden, als Gast den Manövern der 4. Division in Sachsen beizuwohnen. Daß der höchste Richter in Verfassungsfragen sich in dieser Zeit der Verfassungskämpfe „zur Reichswehr stellt“, ist ein Bekenntnis.

Der Streik in den Berliner Speditionsbetrieben.

Der Streik in den Berliner Speditionsbetrieben umfaßt bereits über 750 Arbeiter (etwa drei Viertel der Beschäftigten).

Der Streik richtet sich gegen einen Lohnabbau von 4 bis 10 Prozent und Verschlechterung der Urlaubsbestimmungen. Diese Verschlechterungen sind das Ergebnis eines Schiedsspruches, den ein vom Gesamtverband mit den Unternehmern frei vereinbartes Schiedsgericht gefällt hat, dessen Spruch nach freier Vereinbarung für beide Teile verbindlich ist.

Der Gesamtverband kannte aus den bisherigen Lohnbewegungen seit langem die Stimmung und den Abwehrwillen der Speditionsarbeiter. Warum trifft er solche Vereinbarungen, statt den Abwehrkampf aufzunehmen?

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Köln-Deutz: Donnerstag, 15. September, 20.15 Uhr, im Lokal Arenz, Siegburger Straße 60. Thema: „Kampf gegen Papen-Notverordnung und Wirtschaftskrise.“

Köln-Sülz: Mittwoch, 14. September, 20.15 Uhr, im Lokal Jos. Fernholz, Zulpicher Str. 320. Thema: „Kampf gegen Papen-Notverordnung und Wirtschaftskrise.“

Raschau: Donnerstag, 15. September, abends 8 (20) Uhr, in der Sporthalle. Thema: „Die Reaktion marschiert! Die Arbeiterschaft —?“

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Magdeburg: Mittwoch, 14. September, 20 Uhr, im Knochenhauerufer 27/28. Thema: Papens Wirtschaftsprogramm und die Arbeiterschaft! Droht in Deutschland eine Inflation? Redner: Hellmut Rauschenplat, Wirtschaftsredakteur des „Funkens“, Berlin. — Eintritt: 20 Pfennig, Erwerbslose: 10 Pfennig.

Gandhi deutet Hungerstreik an.

Die englische Regierung veröffentlicht einen Briefwechsel, den sie mit Gandhi, der seit Beginn des Jahres im Gefängnis ist, geführt hat. Er bezieht sich auf den Plan der Regierung, für die indischen Parias ein getrenntes Wahlrecht zu schaffen. MacDonald begründet den Plan eines solchen Systems damit, daß die Parias die Bestimmung ihrer Geschicke selber in den Händen haben sollten. Gandhi ist dagegen, daß die Parias, die sogenannten „Unberührbaren“, unter Sondergesetze gestellt werden und will zum Protest gegen diesen Plan am 20. September in den Hungerstreik treten und ihn bis zum Tode durchführen, wenn die Regierung den Parias nicht das gleiche Wahlrecht zugesteht, wie den übrigen Hindus. Die Regierung hat nun beschlossen, Gandhi am Tage des Beginns des Hungerstreiks aus dem Gefängnis zu entlassen, wohl um die Verantwortung an Gandhis weiterem Schicksal von sich abzuwälzen. Das ändert aber nichts an Gandhis Entschluß, vom 20. September ab keine Nahrung mehr anzunehmen. Es wird damit gerechnet, daß er einen Hungerstreik vier Wochen lang durchhalten könnte.

Der Präsident des allindischen Verbandes der unterdrückten Klassen hat Gandhi seinen Dank dafür ausgesprochen, daß er durch sein mutiges Handeln die Aufmerksamkeit der Welt auf das Schicksal der Parias lenkt.

Auch die Zeitschrift „Rote Einheitsfront“ ist für die zulässige Höchstdauer (bis 9. März 1933) vom Berliner Polizeipräsidenten verboten worden.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lüpmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker- und Verlags-GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Der Hauptausschuß des Reichsstädtebundes hat gegen Brauchs Verwaltungsreform protestiert, weil durch sie die Städte mit weniger als 10 000 Einwohnern der Dienstaufsicht der Landräte und der Verwaltungsgerichtsbarkeit der Kreis-ausschüsse unterstellt worden sind.

Die spinale Kinderlähmung wütet zur Zeit besonders in Pommern. Im Regierungsbezirk Stralsund sind sämtliche Schulen und Kindergärten geschlossen.

Erstklassige Maßarbeit

Herren Anzüge
Mäntel
Damen Mäntel
Kostüme

Tadelloser Sitz

Schönheit
MAGDEBURG
O.v. Guerickestr.
104, H.r.l.

Stoffmuster
vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5% Rabatt!

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung

J. Fürchtenicht
Böttingen, Nikolausberger Weg 87.

Freunde
und Leser des
„Funkens“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werkt Abonement!
Sammelt Anzeigen!
Beworbt bei Einzelkufen
unsere Inserenten!

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!
FRISCHKOST - REFORMHAUS
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987.

Ab 13. Sept.: Max Hansen, Jenny Jugo:

„Wer nimmt die Liebe ernst“

Tonlustspiel.

Fox tönende Wochenschau.

Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH

druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen.



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammlar. P 1 Montplatz 3471

„Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht. Sie ist die Narrenbühne, auf der der pfiffigste oder bestbezahlte Schwätzer dem vornehmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang abläuft.“

Die Ereignisse der letzten Tage beweisen die Richtigkeit dieses von LEONARD NELSON bereits 1919 über die Demokratie gefällten Urteils. Wenige wagen es angesichts der Ereignisse der vergangenen Tage die Demokratie vorbehaltlos zu verteidigen. Doch was soll an ihre Stelle gesetzt werden? Wer sich mit der Demokratie auseinandersetzen will, der lese:

Demokratie und Führerschaft.

Von Leonard Nelson.

3. Aufl. 1932. 176 Seit. Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 3,40 M.

Aus dem Inhalt:

<p>Demokratie und Führerschaft.</p> <p>„Diktatur, Parlamentarismus oder Wirtschafts-demokratie?“</p> <p>Gesundbeter der Demokratie.</p> <p>Soziale Demokratie?</p> <p>Demokratie und Achtung der Masse?</p> <p>Die Weisheit der Demokratie als die Wissenschaft des Nicht-Wissens.</p> <p>Herrschaft der Weisen und demokratische Kontrolle.</p> <p>Demokratie und Führerauslese.</p>	<p>Die Narrenbühne.</p> <p>Erziehung zur Demokratie.</p> <p>Das Urteil der Staatsmänner.</p> <p>Demokratie als Risiko der freien Diskussion nach P. A. L. v. L.</p> <p>Demokratie als Überwindung der Theokratie nach M. A. R. v. K.</p> <p>Demokratie und Faschismus nach N. I. I.</p> <p>Ein Kulturdokument.</p> <p>Partei-Demokratie.</p> <p>Das Ende der Demokratie.</p> <p>Diskussionsreden über Demokratie und Naturrecht.</p>
---	--

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.
Postcheckkonto Berlin 818 42.

Herr von Papen im Rundfunk.

Meine deutschen Landsleute!

Ich spreche heute durch den Rundfunk zum deutschen Volke, weil der soeben aufgelöste Reichstag es nicht einmal für notwendig befunden hat, eine Erklärung der Reichsregierung über das von ihr befolgte Programm entgegenzunehmen. Auf der Tagesordnung des heutigen Reichstages stand die Entgegennahme einer solchen Erklärung. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, stellte der kommunistische Abgeordnete Torgler den Antrag, über die von der Kommunistischen Partei eingebrachten Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung und Aufhebung der Notverordnung vom 4. September abzustimmen. Ein Widerspruch gegen diesen Antrag des kommunistischen Abgeordneten erfolgte nicht, aber auf Antrag der Nationalsozialisten wurde der Reichstag auf eine halbe Stunde vertagt. Nach Ablauf dieser Pause erklärte der Reichspräsident, daß er nunmehr über den Antrag Torglers, d. h. also über die gegen die Regierung eingebrachten Mißtrauensanträge wie über die Ablehnung der Notverordnungen abstimmen lassen werde. Ich, der Reichskanzler, erhob mich und verlangte das Wort zu einer Erklärung der Reichsregierung. Nach Artikel 33 der Verfassung war der Präsident verpflichtet, mir als Vertreter der Regierung das Wort zu erteilen. Entgegen dieser Verpflichtung hat er mir das Wort nicht erteilt. Ich erbat es ein zweites Mal, was wiederum abgelehnt wurde. Hierauf überreichte ich dem Reichspräsidenten

das Auflösungsdekret des Herrn Reichspräsidenten,

da ich also nicht die Möglichkeit hatte, es vor dem Reichstag selbst zu verlesen. Mit dem Augenblick der Ueberreichung dieses Dekrets war nach den Bestimmungen der Verfassung der Reichstag aufgelöst. Die Abstimmungen, die der Reichspräsident danach hat stattfinden lassen, sind verfassungswidrig und damit rechtsungültig. Aus diesem Vorgehen wird das deutsche Volk ersehen, daß es der Reichsregierung durch vorfassungswidriges Handeln des Reichspräsidenten unmöglich gemacht worden ist, vor dem Volke einen Rechenschaftsbericht über die vergangenen drei Monate zu geben und ihr Programm für die Zukunft mitzuteilen. Es ist ihr unmöglich gemacht worden, von dieser Tribüne über Lebensfragen der Nation, wie sie der Kampf um die Gleichberechtigung darstellt, das zu sagen, was sie in dieser Stunde den anderen Mächten zu sagen hatte. Die kommunistische aus Moskau zugereiste Abgeordnete Klara Zetkin ist von dem Reichstag mit Andacht in ihren Deklamationen angehört worden. Die Erklärung einer nationalen Regierung aber weigert sich das deutsche Volk auch nur entgegenzunehmen. Ich stelle dieses Vorgehen des Reichstages vor dem deutschen Volke fest. In dieser Stunde liegt mir daran, dem deutschen Volke nunmehr auf diesem Wege erneut Rechenschaft abzulegen über die bisherigen Handlungen der Regierung und das weitere Ziel, das sie im Interesse der Gesundheit der Nation verfolgt. — In dem folgenden Rechenschaftsbericht betonte der Kanzler zunächst, daß es unmöglich sei, in drei Monaten abgeschlossene Leistungen vorzuweisen, die sich im Leben der Nation auswirken könnten. Die Reichsregierung sei aber fest entschlossen, den Weg ihrer bisherigen Handlungen weiter zu beschreiten, den Weg einer neuen, unabhängigen Staatsführung. Endlich sei in Lausanne unter

das unselige Kapitel der Reparationen

ein Strich gezogen worden. Das System der Reparationen und der Young-Plan als seine letzte Verkörperung sei tot und werde niemals lebendig werden. Die vereinbarte Restzahlung von höchstens drei Milliarden stehe unter den Bedingungen, die die Möglichkeit ausschließen, daß sich daraus Gefahren für die Wirtschaft und die Finanzen Deutschlands ergeben könnten. Der Kanzler betonte, daß er schon in Lausanne den Anspruch Deutschlands vor der ganzen Welt angemeldet habe, als Volk mit gleichen Rechten und Pflichten in der Welt behandelt zu werden. Die Beseitigung dieser Diskriminationen dürfe nicht wieder von der Tagesordnung der internationalen Politik verschwinden. Die Herstellung der vollen Souveränität des Reiches, seiner Freiheit und Gleichberechtigung sei das grundsätzliche Ziel der Außenpolitik, sei eine Sache der Ehre und Selbstachtung Deutschlands. Jede Regierung, die die großen Lebensfragen der Nation vorwärts zu treiben suche, stehe auf einer sehr viel breiteren Basis als irgend eine Partei sie bieten könne, auf der Unterstützung des gesamten Volkes.

Deutschland wolle die Abrüstung.

Es würde auch die weitestgehenden Abrüstungsvorschläge annehmen, wenn sie gleichmäßig für alle Staaten Geltung hätten. Es sei aber unerträglich, daß das deutsche Volk weiter als Volk zweiter Klasse behandelt werde und schutzlos dastehe. Niemand habe mit größeren Hoffnungen auf die Abrüstungskonferenz gesehen als Deutschland, deren Ergeb-

nis grausam enttäuscht habe. Deutschland könne an den weiteren Arbeiten der Abrüstungskonferenz nicht teilnehmen, bevor nicht die Frage der Gleichberechtigung im deutschen Sinne geklärt sei. Die französische Antwortnote werde zur Zeit noch geprüft, ihr Inhalt scheine nicht geeignet, die Lösung dieses ersten Problems zu fördern. Zu Fragen der Innenpolitik übergehend, betonte der Kanzler, daß das große Ziel der Reichsregierung, das sie nach ihrer festen Ueberzeugung auch erreichen werde, die entscheidende Verminderung der Arbeitslosigkeit sei. Durch das Wirtschaftsprogramm würden in den nächsten Monaten Dreiviertel Milliarden für öffentliche Aufträge bereitgestellt werden. Hinzu kämen Reichsmittel für die vorstädtische Kleinsiedlung und den Bau von Eigenheimen.

Die bäuerliche Siedlung sehe die Regierung als eine der bedeutsamsten nationalpolitischen Fragen an, doch seien hier zunächst schwierige Aufräumungsarbeiten zu leisten.

Bei Durchführung des Wirtschaftsprogramms sei es besonders eine schwere Aufgabe, den nötigen Ausgleich zwischen den Interessen der Gesamtwirtschaft und dem besonderen Ziel zu schaffen, auch für die Landwirtschaft wieder erträgliche Verhältnisse herbeizuführen. Dem Zusammenbruch weiterer bäuerlicher Betriebe müsse Einhalt geboten,

die Selbständigkeit der Nahrungsmittelversorgung sichergestellt

werden. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei beste Sozialpolitik. Selbstverständlich bekenne sich die Regierung zu ihrer Pflicht gegenüber den schutzbedürftigen Arbeitnehmern. Hier finde die Freiheit der Wirtschaft ihre Grenze im Gebot sozialer Gerechtigkeit. Die Regierung wolle nach der Richtschnur des Reichspräsidenten handeln, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben müsse.

Sie lasse sich von niemandem an sozialer Gesinnung übertreffen.

Nur bei entscheidender Verringerung der Zahl der Arbeitslosen im kommenden Winter würden die Unterstützungen für die Erwerbslosen, die auch die Regierung gegenwärtig für zu niedrig halte, erhöht werden können. In der Sozialversicherung habe die Regierung bei Amtsantritt einen schwer gefährdeten Zustand vorgefunden, sodaß sie zu Reformen gezwungen worden sei. Leistungen, die selbst über die Kraft einer gesunden Wirtschaft hinausgingen, müßten preisgegeben werden, denn nur dadurch sei die Zahlung der Renten zu sichern. Die sozialen Einrichtungen müßten so vereinfacht und verbilligt werden, wie es der wirtschaftlichen Not der Zeit und dem Gebot der Sparsamkeit entspreche. Niemand in der Reichsregierung denke daran, die wohlverworbenen Rechte des Versicherungsschutzes zu beseitigen, den Arbeiterschutz aufzuheben oder die

begrifflichen Merkmale des Tarifvertrages zu zerstören.

Das Mißtrauen in diesem Punkt sei grundlos. Allein der tiefinnerliche Wille lenke die Regierung, dem Volke den Wiederaufstieg aus jahrelanger Not zu bahnen. Es sei jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen, die Privatinitiative wieder zu wecken. Von den Unternehmern erwarte die Regierung, daß sie die ihnen anvertrauten Mittel gewissenhaft zum Wohle des ganzen Volkes verwalteten;

sie werde mit eiserner Strenge gegen Elemente vorgehen, die sich als Parasiten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern wollten.

Mißlinge der Plan, über die Privatwirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben, so sei das freie Unternehmertum verloren. Betriebe mit staatlicher Beihilfe müßten in einer Weise staatlichem Einfluß unterworfen sein, daß ihr Ertrag nur dem gemeinen Nutzen und nicht privatem Vorteil diene. Eine wachsende Welle der Zuversicht gehe über die Menschheit. Aber nur durch Kampf lasse sich eine neue, bessere Zukunft gewinnen. Die Regierung rufe das Volk zu einer letzten Anstrengung auf in dem Bewußtsein, daß damit die furchtbaren Krisenjahre auf immer hinter uns versinken. Arbeit und Brot — der Plan der Regierung gebe beides. Der Kanzler betonte dann weiter, daß auch der Umbau unseres staatlichen Lebens eine Hauptaufgabe der Regierung sei. Die Reichsregierung erblicke ihre

historische Mission in der Beseitigung von Konstruktionsfehlern der Weimarer Verfassung.

Es wäre auch verfehlt, an die Stelle wechselnder Parteikoalitionen die Diktatur einer Partei zu setzen, eine Staats-

form, die den Bedürfnissen des deutschen Volkes niemals entspreche. Hätten deshalb, so fragte er, Millionen den Kampf gegen das „System“ geführt, das die Beamtenschaft politisierte und die Stellen des Staates und der Verwaltung zu Pfünden herabwürdigte, das die Hoheit des Staatsgedankens untergehen ließ in dem Morast selbstsüchtiger Interessen? Die Regierung glaube, daß die

formale Demokratie abgewirtschaftet habe und nicht mehr zu neuem Leben erweckt werden könne.

Aus der heutigen Zersetzung unseres Staatslebens könne allein die Herstellung einer wahrhaft unparteiischen Staatsführung herausführen, die sich auf die Autorität des Reichspräsidenten stütze. Wenn heute eine Regierung das Programm auf ihre Fahne schreibe, das eine große Partei im wesentlichen gefordert habe und wofür sie Millionen in Bewegung gesetzt hätte, dann erfahre sie bitterste Opposition, weil, ja weil sie

zufällig nicht aus den Reihen jener Partei

hervorgegangen sei. Der Verwirrung des politischen Kampfes mit persönlichen und kollektiven Verunglimpfungen müsse ein Ende gesetzt werden. Moskowitzische Methoden hätten in Deutschland keinen Raum. Der Kanzler setzte sich dann mit der NSDAP auseinander, die, wie er glaube, eine bittere Enttäuschung erleben werde, wenn sie meine, mit ihrem Kampf gegen die „fahlen Leute“ und gegen die sogenannten „Barone“, die Herrenschicht, neue Wahlerfolge zu erzielen. Die NSDAP werde dabei ihr Ziel verfälschen und sich in Gegensatz setzen zu ihrer großen Vergangenheit. Der Kanzler betonte dann die

Notwendigkeit einer christlichen Jugenderziehung,

zu der es ebenfalls der Aufrichtung einer dauerhaften Staatsautorität bedürfe.

Der Kanzler hielt es weiter für eine selbstverständliche Pflicht, sich vor die

historische Persönlichkeit des Staatsoberhauptes

zu stellen. Das deutsche Volk habe ein sicheres Gefühl der Dankbarkeit für das Gottesgeschenk, das ihm den Führer in Krieg und Frieden, den Wahrer seiner besten Traditionen an der Spitze der Nation erhalten habe. So hoch die kämpfenden Gewalten von heute von diesem Symbol der Einigkeit überschattet würden, so sicher werde jeder gute Deutsche nur mit Kopfschütteln und Abscheu von Reden Kenntnis genommen haben, die jede Ehrfurcht vor der Weisheit des Alters und der großen Persönlichkeit vermessen ließen.

Die Reform der Verfassung

werde nicht übereilt und nur in Uebereinstimmung mit den Ländern einer Lösung zugeführt werden. Es sei ein Entwurf beabsichtigt, der auf Grund der Erfahrungen der Geschichte und der Eigenart unserer Heimat für lange Zeit die Grundlage unseres staatlichen Lebens sichern solle. Ganz dringend sei dabei die Frage einer Neuordnung eines Aufbaues des Reiches. Ausgeschlossen müsse in Zukunft ein Gegenüberstand und Nebeneinanderregieren im Reich und in Preußen sein. Man werde den geschichtlich gewordenen preußischen Staat nicht zerschlagen, aber notwendig sei eine organische Verbindung der preußischen Regierung mit der des Reiches. Hier läge die Möglichkeit einer durchgreifenden Verwaltungsreform und Verwaltungsverbilligung.

Die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen

werde die Eigenstaatlichkeit der anderen deutschen Länder nicht antasten. Die Bande des Blutes, der Sprache und der gemeinsamen Kultur zwischen uns und den Deutschen jenseits der Grenzen würden unzerbrechbar sein bei einer Gliederung des Reiches, die jenseits eines starken Zentralismus die Sicherheit einer starken Reichsgewalt erhalte. Das Programm der Reichsregierung sei ein einheitlicher und folgerichtiger Plan zur Wiederherstellung von Wirtschaft und Staatsleben.

Die Regierung betrachte sich dabei als Vollstrecker eines nationalen Willens, der zwar seinen Niederschlag noch nicht in manchen Parteien gefunden haben möge, der aber der eigentliche und wahre Volkswille sei.

Die Sicherheit für das politische und wirtschaftliche Leben bestehe in der unerschütterlichen Entschlossenheit der Regierung, die im Auftrage des Reichspräsidenten gefaßten Pläne bis zum Erfolg durchzuführen. Der Kanzler schloß: Ich hatte die Absicht, von der Tribüne des Reichstages die erwählten Vertreter des Volkes aufzufordern, dem Lande dadurch zu dienen, daß sie der Reichsregierung die Durchführung ihres Programms ermöglichen. Die Volksvertretung hat mich daran gehindert, sie hat es nicht gewollt. Deshalb rufe ich dem Lande in dieser Stunde zu: Mit Hindenburg und für Deutschland!

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

80) THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik Verlag 1933

„Kollegen, so kann es doch nicht weitergehen. Ihr müßt doch auch an die draußen an der Front denken, und an die, die sie erst wieder eingezogen haben. Ihr könnt doch auch jeden Tag wieder rankommen.“ Der breite, ein wenig schwerfällige Laukant, dem die Worte nur langsam von den Lippen kommen, findet die richtigen, überzeugenden Sätze.

Die Schmiede werden schwankend.

„Naja, von allein wird nicht!“

„Das stimmt schon, uns kann's auch treffen!“

„So geht's auch nicht mehr weiter!“

„Willem, nu komm' man schon mit!“ versucht einer den Kollegen Lange, der nach hinten abgedrängt worden ist, zum Anschluß zu bewegen.

„Wenn ich den kriege, ich bau' ihm die Knochen kaputt!“

„Nu komm' man schon, die AEG Ackerstraße macht auch mit!“

„Macht was ihr wollt, ich geh' nach Hause!“

Lange geht in den Umkleideraum hinüber. Auch die andern fangen an, sich Hände und Arme abzuseifen, und machen sich zum Gehen fertig.

Der Fall der Schmiede ist das Signal für das ganze Werk.

Aus allen Abteilungen kommen die Arbeiter und Arbeiterinnen jetzt heraus und ergießen sich auf die Straße. Nicht alle schließen sich dem Demonstrationzug an. Viele gehen nach Hause. Aber von den zwanzigtausend Menschen, die in den Fabriken die Arbeit niedergelegt haben, bleibt die Hälfte beieinander, zehntausend marschieren an den Mietskasernen des Berliner Nordens vorbei. Noch keine sieghafte Armee der Revolution, eine lange graue Masse zieht durch die Ackerstraße und drückt sich in der belebten Invalidenstraße an der einen Häuserseite entlang, hemmelt, den noch immer normal funktionierenden Verkehr nicht zu stören. Beurlaubte Feld-

graue schließen sich an. Rote Fahnen tauchen auf. Vor der Spitze gehen Frauen und Kinder her mit Plakaten, die an die Soldaten appellieren:

„Brüder, nicht schießen!“

„Wir wollen Frieden!“

Und im Süden ziehen die Arbeiter aus dem Daimler- und Stock-Werken durch Tempelhof. Im Osten sind der Flugplatz Adlershof und der durch einen Schienenstrang verbundene Flugplatz Johannisthal zu übersehenden Heerlagern der Revolution geworden. Aus den benachbarten Industrieorten kommen immer neue Scharen an, in die die Obleute langsam Ordnung und Bewegung bringen.

Im Nordwesten haben die Arbeiter des großen Siemens-Unternehmens die Betriebe verlassen und stehen — eine einzige quirlende schwarze Fläche — auf dem weiten Werkshof. Von einem Hallendach herunter hält der einarmige Obmann Globig eine Rede und erklärt den letzten Tag des Kaiserreichs und das Ende des Kapitalismus für gekommen.

In das Kraftwerk Rummelsburg dringt ein Trupp Demonstranten ein, geführt von Primelsack, der heute beim Schichtwechsel nicht angetreten ist. Die Heizer weigern sich, die Feuer auszumachen, auch die in der USP organisierten Heizer sind dagegen. Für den Streik sind sie natürlich, aber im Kraftwerk liegen die Dinge anders, die Elektrizitätswerke sind lebenswichtige Betriebe, erklären sie. Primelsack läuft von einem Feuer zum andern. Er nennt seine Arbeitskollegen Schlappschwänze, Hornochsen, Bremser, Feiglinge, Verräter; aber es hilft nichts, er bringt nur einen kleinen Teil auf seine Seite.

Die große Menge verharrt in ablehnender Haltung. Während Primelsack in immer größere Wut gerät und erklärt, daß gerade die lebenswichtigen Betriebe die Hauptsache sind, daß man dieser Ordnung überhaupt die Luft abschneiden muß, hört in der Maschinenhalle plötzlich das Summen der Turbogeneratoren auf.

Die Heizer, die die Tür zur Maschinenhalle öffnen, kennen den Raum nicht wieder, — der gleicht einer riesenhaften Waschküche; aus der Tür, aus den Fenstern quellen dicke Dampfmassen. Und in diesen weißen Nebeln taucht der

Maschinist Sult auf und brüllt: „Jetzt wird Schluß gemacht! Kollegen, auf die Führer können wir nicht mehr warten.“ Wilhelm Sult hat die Turbogeneratoren stillgelegt und hat ein übriges getan. Er hat die Ventile des Hauptdampfrohres geöffnet und die aufgespeicherten Kräfte in den Himmel jagen lassen.

Damit hat er dem ganzen Berliner Osten ein Signal gegeben. Das von Rummelsburg gespeiste Netz ist ohne Strom. Die Maschinen in allen angeschlossenen Betrieben stehen plötzlich still, und die Straßenbahnen bleiben unbeweglich als Verkehrshindernisse und Signale des Aufruhrs auf den Gleisen liegen.

Primelsack drückt Sult die Hand.

„Mensch, Wilhelm...“ bringt er nur hervor.

„Schade, daß wir nicht ganz Berlin mit Strom beliefern. Aber komm, wir müssen nach der Kraftstation Schiffbauerdamm und nach Moabit!“ entgegnete Sult.

Der Zug im Norden hat die Chausseestraße erreicht.

Gegenüber der Maikaserne marschieren die Massen auf. Dicht an die Häuser gedrückt nehmen sie in der ganzen Ausdehnung des Kasernenblocks Aufstellung. Sie starren über die Straße zu den Fenstern der Mannschaftsstuben hoch.

Die Tore der Kaserne sind verschlossen, ihre Fenster mit eisernen Ketten gesichert. Es ist nicht ganz klar, ob die Ketten gegen die Demonstranten angebracht sind, oder ob die Soldaten verhindert werden sollen, die Kaserne zu verlassen.

Dann sieht man Gewehrläufe aufragen — aus den Keller-schächten, aus den Schießscharten der Tore. Und oben auf der Plattform sind Maschinengewehre aufgebaut.

Die Soldaten an den Fenstern haben Stahlhelme auf.

Die Demonstranten winken.

Einige rufen hinüber:

„Kameraden...“

„Nicht schießen!“

„Wir wollen Frieden machen!“

„Schluß jetzt mit dem Krieg!“

Wenn ein Soldat seine Hand hebt und zurückwinkt, bebent sich auf der Seite der Demonstranten Hunderte von Armen und Hochrufe werden ausgebracht. (Fortsetzung folgt.)

Handarbeit statt Maschinen.

Die Gefahr wächst, daß Sozialisten die Orientierung verlieren.

Der Pressedienst des IGB verbreitet den nachstehenden Artikel aus dem wöchentlichen Pressedienst der American Federation of Labour, des amerikanischen Gewerkschaftsbundes:

„In verschiedenen Fällen ist es vorgekommen, daß sich private Unternehmer bei der Durchführung von kontraktmäßig übernommenen öffentlichen Arbeiten aus finanziellen Gründen gegen die von staatlichen und lokalen Behörden im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingeführten

Beschränkungen in der Verwendung Arbeit ersparender Maschinen

zur Wehr setzen. Dies ist zum Beispiel im Staate Wisconsin der Fall, wo die staatliche Arbeitslosenkommission kürzlich verfügte, daß alles getan werden soll, um bei öffentlichen Arbeiten an Stelle der Maschinen Handarbeiter zu verwenden. Zu diesem Zwecke wurden spezielle Bestimmungen in die Kontrakte aufgenommen, wobei unter anderem verfügt wurde, daß Steine, Kies und Sand beim Betonbau durch Handarbeiter abgeladen werden müssen.

Natürlich muß zugegeben werden, daß, wenn man sich strikt auf den Standpunkt des finanziellen Aufwandes stellt, die Handarbeit kostspielig und unrationell ist. Desgleichen steht fest, daß die Maschinenfabriken unter dieser Politik leiden. Andererseits ist es aber auch eine Tatsache, daß Millionen von Arbeitern erwerbslos geworden und mit ihrer Familie ins Elend gestürzt worden sind, weil die Unternehmer in großem Maßstabe Arbeit ersparende Maschinen einführen und sich gleichzeitig weigern, den Arbeitstag zu verkürzen! Wenn dem so ist, so ist es eine Angelegenheit humanen Handelns, wenn sich die für die soziale Wohlfahrt verantwortlichen staatlichen und Gemeindebehörden jeder Methode bedienen, um Arbeit zu schaffen und der Not zu steuern. Eine sofort wirksame Methode ist die

Ausschaltung der Maschinen, die so lange zu erfolgen hat, bis alle Erwerbslosen wieder in Arbeit sind.

Es muß immer wieder gesagt und unterstrichen werden, daß die Einführung von Arbeit ersparenden Maschinen kein Fortschritt ist, wenn dabei der „ersparte“ Arbeiter in die Arme der Arbeitslosen gestochen wird und das ersparte Geld in die Hände jener fließt, die die Produktionsmittel besitzen. Der Staat hat keine Macht über die Privatindustrie. Indem er jedoch die Verwendung von Maschinen bei Arbeiten, die von der Öffentlichkeit vergeben werden, begrenzt, kann er den sozialen Schaden mildern, den die Unternehmer verursachen, die die Zweckmäßigkeit kürzerer Arbeitszeit nicht anerkennen.

Die Exekutive des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes hat in diesem Sommer die Haltung der Arbeiterschaft in der Frage der Verwendung von Maschinen klar zum Ausdruck gebracht: „Beim heutigen Stand der Mechanisierung und Technisierung ist die Wirtschaft natürlich nicht in der Lage, 50 Millionen Frauen und Männer bei einem langen Arbeitstag während 6 Tagen in der Woche zu beschäftigen.“

Entweder muß die Nation die Maschinen oder die lange Arbeitswoche beziehungsweise den langen Arbeitstag aufgeben.

Die Verwendung von Handarbeitern an Stelle von Maschinen bei öffentlichen Arbeiten ist natürlich vom bloßen Kostenstandpunkt aus unrationell, jedoch nicht ein Hundertstel so unrationell wie die Methode, durch die Verwendung von Maschinen Millionen von Menschen und ihre Familien zu Bettlern zu machen! Bei der Beurteilung des Arbeitslosenproblems, wie es durch das Verhalten der Unternehmer entsteht, muß die Gemeinschaft von sozialen Erwägungen ausgehen. Wenn die Unternehmer darauf bestehen, uns immer wieder neue Arbeit ersparende Maschinen aufzuzwingen, sich aber gleichzeitig weigern, die Arbeitszeit zu verkürzen, so hat die Gemeinschaft die moralische Pflicht, die wehrlosen Arbeiter durch erhöhte Arbeitsmöglichkeit in den Unternehmen des Staates und bei den von ihm vergebenen Arbeiten zu schützen. Nach diesem Grundsatz handeln in verschiedenen Fällen die Behörden, wenn sie darauf bestehen, daß an Stelle von Maschinen Handarbeiter verwendet werden!“

Wir können voll verstehen, daß die amerikanischen Gewerkschaften möglichst viele ihrer Mitglieder in der gegenwärtigen Notzeit beschäftigt sehen möchten. In einzelnen Fällen mag es auch berechtigt sein, durch Verbot von Maschinenarbeit dafür zu sorgen. Es handelt sich dabei aber um eine Fürsorgemaßnahme und weiter nichts. Schäden des Kapitalismus können durch solche Fürsorgemaßnahmen zudeckt, keineswegs aber beseitigt werden. Oekonomischer Rückschritt ist kein Mittel zur Beseitigung des Kapitalismus!

Wenn man das nicht beachtet, kommt man sehr leicht zu falschen Schlussfolgerungen in bezug auf das Ziel, daß die Ausgehuteten — über die Linderung der heutigen besonderen Notlage hinaus — auch heute fest im Auge behalten sollten. Der Amerikanische Gewerkschaftsbund konzentriert seine Anstrengungen auf die Verkürzung der Arbeitszeit. Nehmen wir selbst an, das sei in der Zeit der Krise richtig, so ist doch sicher falsch die allgemein für den „heutigen Stand der Mechanisierung und Technisierung“ aufgestellte Behauptung: „Entweder muß die Nation die Maschinen oder die lange Arbeitswoche beziehungsweise den langen Arbeitstag aufgeben.“

Dieses „Entweder-Oder“ ist nicht vollständig. Es gibt noch zwei weitere „Oder“: Lohnerhöhung, Preissenkung. Denn wenn die Kaufkraft der Massen genug gesteigert wird, könnte an den verbesserten Maschinen so lange wie vordem gearbeitet werden, ohne daß der Absatz stockt.

Ob die Kaufkraft der Massen bei fortschreitender Mechanisierung steigt, genauer: ob die Löhne erhöht und die Preise gesenkt werden, das hängt davon ab, ob Monopole auf dem Arbeitsmarkt und Warenmarkt bestehen. Auf diese Monopole muß die Arbeiterschaft daher ihren Angriff richten, wenn sie ihre Lage auf die Dauer bessern, wenn sie aus dem Zustand der Ausbeutung herauskommen will. Wenn jene Monopole beseitigt sind, dann fällt den Arbeitern übrigens die Entscheidung darüber, ob sie bei weiterer Rationalisierung kürzer arbeiten oder mehr konsumieren wollen, von selber zu. Rpt.

Subventionen von vier Seiten.

Japanische Auto-Industrie als Rüstungsindustrie.

Die japanische Heeresverwaltung legt von jeher großes Gewicht darauf, sich im Kriegsfall in bezug auf die Bereitstellung von Kraftwagen von ausländischer Einfuhr möglichst unabhängig zu machen. Die japanische Auto-Industrie wird nicht nur durch Zölle geschützt, sondern außerdem reichlich mit Subventionen bedacht.

Das Subventionssystem ist im Jahre 1918 eingeführt worden. Durch Gesetz war damals die Regierung ermächtigt worden, sowohl die Fabrikanten als auch die Besitzer von Kraftwagen, die im Bedarfsfalle der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt werden können, im Rahmen der im Staatshaushalt hierfür vorgesehenen Mittel zu unterstützen. Im Laufe der Jahre sind nur wenige Beträge in Anspruch genommen worden. Erst nach dem Erdbeben, als die Subventionen betragsmäßig erhöht wurden, hat die Zahl der gebauten Kraftwagen zugenommen.

Das erwähnte Gesetz sieht vier Arten von Subventionen vor:

1. eine Subvention, die der Hersteller von Kraftwagen erhält, der über eine von dem Kriegsministerium anerkannte Betriebsanrichtung verfügt, die imstande ist, jährlich mehr als 100 Kraftwagen herzustellen.
2. eine Subvention, die dem Besitzer eines Kraftwagens zuteil wird, den er zum eigenen Gebrauch selber hergestellt hat.
3. eine Subvention, die der Käufer eines Kraftwagens erhält.
4. eine Subvention, die auf die Dauer von fünf Jahren jährlich einmal zur Unterhaltung eines Kraftwagens gegeben wird, falls er die einmal im Jahr stattfindende Prüfung besteht.

Die Höhe der Subventionen richtet sich jeweils nach dem im Haushaltsplan für diese Zwecke zur Verfügung gestellten Beträge. Nach einer kürzlich ergangenen Verordnung stehen in diesem Etatsjahr Subventionen in der folgenden Höhe zur Verfügung (in Yen: 1 Yen = 97 Pfennig):

	Arten der Subventionen			
	1	2	3	4
I. für Lastkraftwagen-Chassis mit einer Nutzlast von				
a) 1—1½ Tonnen	150	200	400	400
b) mehr als 1½ Tonnen	200	320	625	500
II. für Omnibus-Chassis mit einer Nutzlast von				
a) 1—1½ Tonnen	150	200	400	300
b) mehr als 1½ Tonnen	200	320	625	400

DEUTSCHLAND

Sinkende Lagerbestände: Nach einer Berechnung des Konjunkturforschungsinstituts sind die Lagermengen — die Preisbewegung ausgeschaltet — von Anfang 1930 bis Anfang 1932 um 8 bis 10 Prozent gesunken. — Eine Voraussetzung für den Konjunkturaufschwung, aber nur eine!

Verschleiß des Produktionsapparates? Zur Begründung von Papens Behauptung, der deutsche Produktionsapparat sei reparaturbedürftig, führt das Konjunkturforschungsinstitut an: Rückgang des Wertes der baugewerblichen Bruttoproduktion von 7,1 Milliarden Mark 1930 auf 4 Milliarden Mark 1931; Rückgang des heimischen Auftragsumfanges der Maschinenindustrie von 1928 bis 1931 um zwei Drittel; bilanzmäßig ausgewiesene Schrumpfung der Anlagen bei 1166 deutschen Aktiengesellschaften um über 300 Millionen Mark von Ende 1930 bis Ende 1931; völliges Darniederliegen jeglicher Investitionstätigkeit in der Landwirtschaft; schärfste Drosselung nicht nur der Neubaufwendungen, sondern auch der Sachausgaben in den öffentlichen Haushalten. „Erstmalig 1931 scheinen die tatsächlich durchgeführten Ersatzanlagen hinter dem zur Erhaltung des Sachgüterbestandes notwendigen Umfang zurückgeblieben zu sein.“ „In vielen Teilen der Wirtschaft kann selbst eine Verdoppelung der Produktion gegenüber dem heutigen Stand sehr wohl mit den gegebenen Anlagen bewältigt werden.“ — Keine sehr überzeugende Begründung von Papens Behauptung!

Kapitalzusammenlegungen: Nach einer Stichprobenerhebung des Afa-Bundes, die über 100 Gesellschaften mit mehr als 1,2 Milliarden Mark Kapital erfaßt, wurde bei Kapitalzusammenlegungen das Kapital durchschnittlich im Verhältnis 37:20 zusammengelegt, also nahezu halbiert. Dabei wurden in großem Umfange die eigenen Aktien eingezogen. — Die notwendige Bereinigung ist auf vielen Gebieten, insbesondere in der Schwerindustrie, aber noch keineswegs erfolgt.

Zinssätze am Kapitalmarkt: Auch bei den gegenwärtigen Kursen werfen die deutschen festverzinslichen Papiere noch eine sehr hohe Rente ab:

Goldpfandbriefe	9 Prozent
Oeffentliche Anleihen	10 Prozent
Industrie-Schuldverschreibungen	10 Prozent
Kommunal-Schuldverschreibungen	10,7 Prozent

DANZIG

Wachsende Konkurrenz von Gdingen: Seit Polen Anfang 1932 See-Vorzugszölle in Kraft gesetzt hat (also bei der Einfuhr über den Hafen Gdingen niedrigere Zölle erhebt als bei der Einfuhr über die Landgrenze, auch die gegenüber dem Danziger Gebiet), geht der Verkehr im Danziger Hafen zurück. Dafür einige Beispiele. Es wurden eingeführt in Tonnen:

	über Danzig	über Gdingen
Kakaobohnen:		
1. Halbjahr 1931	1871	47
1. Halbjahr 1932	1430	1954
Tee:		
1. Halbjahr 1931	620	25
1. Halbjahr 1932	493	420

Ein „schönes“ Schulbeispiel für die Wirkung nationalistischer Staatseingriffe.

CHIL

Der Rückgang der Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter ist außerordentlich groß. Es waren Arbeiter beschäftigt in der

Kohlen-Industrie	11 500	8 300
	im Juli 1928	im April 1932.
Salpeter-Industrie	61 600	10 700
Kupfer-Industrie	21 900	8 900
Bergwerks-Industrie insgesamt	105 000	27 900

19254 Konkurse — aber keine Bereinigung der Wirtschaft.

Das Jahr 1931 brachte in Deutschland eine Rekordzahl der neu angemeldeten Konkurse: 19 254 Konkurse wurden neu angemeldet; die Durchführung des Konkursverfahrens wurde bei rund einem Viertel mangels Masse abgelehnt.

Wie hoch die Schulden im Verhältnis zur vorhandenen Konkursmasse waren, geht daraus hervor, daß in 9108 im Jahre 1931 beendeten Konkursverfahren nur rund 19 Prozent der Verbindlichkeiten gedeckt werden konnten; 462 Millionen Mark gingen verloren.

Unser Schaubild zeigt, wie sich die Verbindlichkeiten und ihre Deckung auf die wichtigsten Wirtschaftszweige verteilen.

Wirtschaftszweig	Verbindlichkeiten in MILL. RM.	Deckungsquote in %
Landw. u. Gärtnerei	18,60	100%
Eisen- u. Metall-Ind.	13,20	100%
Maschinen-Fabrikation	20,75	115%
Elektr. Fernmeh.	15,58	100%
Chem. Industrie	25,50	116%
Textil-Industrie	25,50	116%
Woll-, Seiden- u. Gew.	12,25	116%
Nahrungsm.-Gew.	12,25	116%
Bekleidungs-Ind.	12,25	116%
Baugewerbe	25,50	115%
Einzel-Handel	155,00	19,5%
Großhandel	60,58	20%
Bankgewerbe	15,58	115%
Lebensmittel-Ind.	15,58	115%
Ges.-u. Kranken-G.	15,58	115%
Sonstige Gewerbegruppen	57,35	115%

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß gerade in Industrie und Landwirtschaft — vor allem in der Schwerindustrie und unter den landwirtschaftlichen Großbetrieben — Unternehmungen reif sind für den Bankrott, ja, daß ihr Zusammenbruch erforderlich ist für eine Gesundung der Wirtschaft, bietet unser Schaubild kein günstiges Bild von der Krisenentwicklung in Deutschland. Nur ein Drittel der 1931 neu eröffneten Konkursverfahren entfiel auf Industrie und Handwerk; auf Handel und Verkehr entfielen zwei Drittel. Der Größe nach gab es nur 34 Millionen-Konkurse, darunter war kein einziger aus der Schwerindustrie. Verhältnismäßig

gering an Bedeutung sind auch die Konkurse in der Landwirtschaft.

Dank den Subventionen aller Art ist also von einer Bereinigung der Wirtschaft gerade an den Stellen, wo der Morast am größten ist, noch nichts oder doch nur sehr wenig zu verspüren. Bey.

USA

Arbeitslosigkeit im August (nach Schätzung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes): 11,4 Millionen.

Hungrige Konsumenten: Der Eisenbahn-Transport von Konsumgütern liegt 19 Prozent unter dem Stand von 1931 und 27 Prozent unter dem Stand von 1930.

Hungriges Kapital: Das Washingtoner Schatzamt hat zur Beseitigung des Defizits im Staatshaushalt 750 Millionen Dollar mit 3¼ Prozent verzinsliche nach fünf Jahren fällige Schuldverschreibungen zur Zeichnung aufgelegt; sie sind siebenfach überzeichnet worden. — Ein Beweis für Somarys in Nr. 212 wiedergegebene Behauptung, das Kapital sei infolge der Krise „hungrig und anspruchlos“.

Verschlechterter Außenhandel: Die Einfuhr ist gegenüber dem Vormonat gestiegen, die Ausfuhr gesunken. Man beachte in der folgenden Tabelle, daß in England im August 1931 das Pfund noch 20,40 Mark wert war, heute aber nur 14,70 Mark:

	August 1931	Juli 1932	August 1932
in Millionen Pfund Sterling			
Einfuhr	65,3	51,9	53,3
Ausfuhr	29,1	29,3	28,6
Einfuhrüberschuß	36,2	21,6	24,7

ENGLAND

England Sieger im Kampf um den Bau der Moskauer U-Bahn: Die Sowjet-Regierung hat den englischen Teilentwurf zum U-Bahn-Bau bestätigt. Wie berichtet wird, war das englische Angebot günstiger als das deutsche und das amerikanische. Vermutlich wurde der Auftrag auch deshalb nach England vergeben, weil die Sowjet-Regierung sich den englischen Ausfuhrmarkt erhalten will.

Regierungsgarantie für Sowjet-Aufträge: Die Erteilung von Sowjet-Aufträgen nach England scheiterte zur Zeit, wie in Nr. 209 dargestellt, daran, daß das Exportkredit-Garantieamt nur Wechsel mit 12 Monaten Laufzeit garantieren wollte, die Sowjet-Regierung aber an 18 Monaten Laufzeit festhielt. Die englische Regierung hat nunmehr nachgegeben; das genannte Amt garantiert nunmehr auch Wechsel mit 18 Monaten Laufzeit.